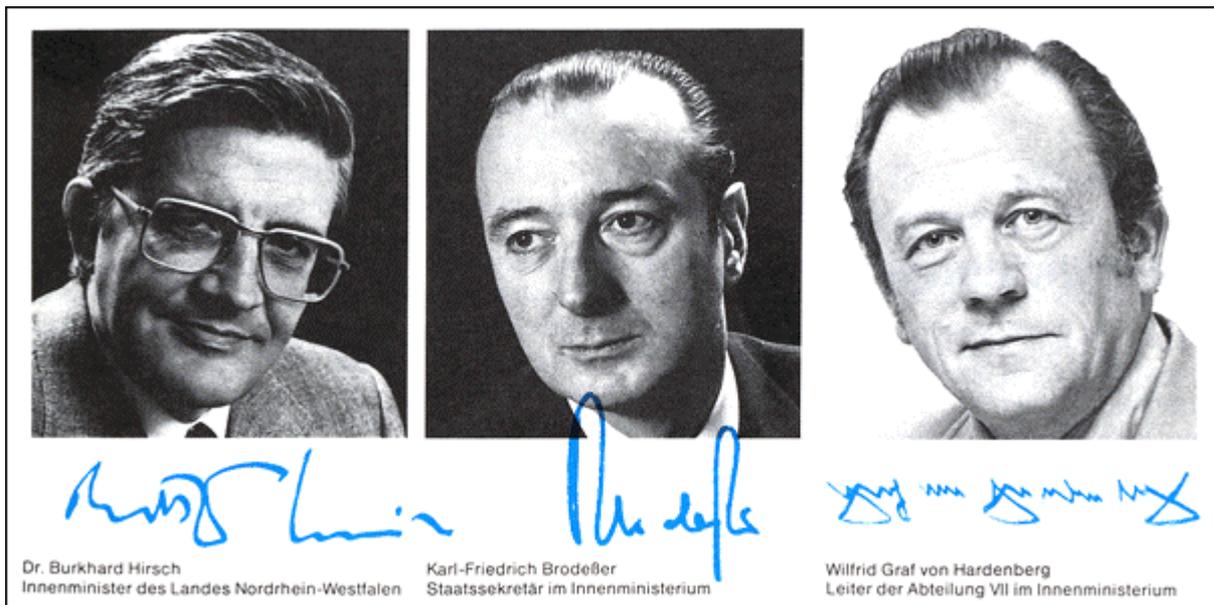


- Vorwort-	3
1 Rechtsextremismus	4
1.1 Entwicklungstendenz	4
1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	4
1.3 Junge Nationaldemokraten (JN).....	5
1.4 Neonazistische Gruppen	6
1.5 Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten	8
2 Linksextremismus	10
2.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	10
2.2 Prochinesische ("maoistische") kommunistische Organisationen	15
2.3 Undogmatische linksextreme Gruppen	19
2.4 Sozialistisches Büro (SB).....	19
2.5 "Russell-Tribunal" gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik	19
2.6 Trotzlisten.....	20
2.7 Europäische Arbeiterpartei (EAP)	22
3 Situation an den Hochschulen	23
3.1 Allgemeine Lage	23
3.2 Studentische Selbstverwaltung	24
4 Verfassungsfeindliche Bestrebungen und öffentlicher Dienst...	25
5 Ausländer	27
5.1 Entwicklungstendenzen	27
5.2 Spanier, Portugiesen, Italiener und Griechen.....	27
5.3 Jugoslawen	27
5.4 Türken	27
5.5 Palästinenser	29
5.6 Iraner.....	29
5.7 Afghanen.....	29
5.8 Chilenen	30
6 Terrorismus	31
6.1 Allgemeines.....	31
6.2 RAF-Nachfolgegruppen.....	31
6.3 Revolutionäre Zellen	32
6.4 Logistik.....	32
6.5 Terroristisches Umfeld	32
6.6 Politisch motivierte Gewalttaten	33
7 Spionageabwehr	35
8 Maßnahmen im Bereich des Justizministers	38
8.1 Entwicklungstendenz	38

8.2 Terrorismus	38
8.3 Demonstrationsstraftaten	39
8.4 Rechtsextremistische Aktivitäten.....	40
8.5 Linksextremistische Aktivitäten	42
8.6 Gesetzgeberische Maßnahmen	42
9 Anhang.....	43
9.1 Anlage 1	43
9.2 Anlage 2.....	45

- Vorwort -



Diese Broschüre entspricht inhaltlich dem Bericht, den die Landesregierung zum Rechts- und Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen dem Landtag vorgelegt hat. Dieser Bericht umfaßt das Jahr 1977 und schließt die wichtigsten Ereignisse des Monats Januar 1978 ein. Wie die Abgeordneten sollen sich alle Bürger unseres Landes anhand dieser Broschüre über Entwicklungen im Bereich des Extremismus informieren können.

Der vorliegende Bericht gibt zugleich einen Überblick über die vielfältige Arbeit der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums. Diese Arbeit geschieht in strikter Rechtsstaatlichkeit; sie gilt dem Schutz der Bürger unseres Landes. Der Verfassungsschutz hat es verdient, mit dem gleichen Maß an Sachlichkeit gemessen zu werden, mit dem er selbst seine Arbeit durchführt. Nur dann werden wir seiner freiheitssichernden Funktion im demokratischen Rechtsstaat gerecht.

1 Rechtsextremismus

1.1 Entwicklungstendenz

Auch im Jahre 1977 bildete der Rechtsextremismus im Land Nordrhein-Westfalen wie überhaupt in der Bundesrepublik Deutschland keine ernste Gefahr für die staatliche und gesellschaftliche Ordnung. Allerdings erfolgten mehr NS-Plakat- und -Schmieraktionen als in den vergangenen Jahren; hierfür kommen vorwiegend Einzeltäter in Betracht. Auch nahm der Vertrieb sogenannter NS-Artikel (Schallplatten mit Reden und Liedern, Münzen, Orden, Waffen und dergleichen mit Emblemen aus der Nazizeit) erheblich zu; dies geschah jedoch weniger aus politischen als aus kommerziellen Motiven. Zudem kam es 1977 häufiger zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Jungen Nationaldemokraten und ihren politischen Gegnern. Darüber hinaus war eine Zunahme neonazistischer Aktivitäten festzustellen. Diese Vorgänge dürfen angesichts vereinzelt beginnender Gewaltanwendung und -androhung durch Rechtsextremisten nicht verharmlost werden. Gründe für diese Entwicklung dürften in Fanatismus und in dem Bedürfnis zu finden sein, sich insbesondere von der erfolglosen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands abzuheben und es den militanten Linksextremisten in der Anwendung der Mittel gleichzutun. Anscheinend glaubt ein Teil dieser Rechtsextremisten auch, durch spektakuläres Auftreten eher die Aufmerksamkeit der Medien und das Interesse der Öffentlichkeit auf sich ziehen zu können. Aufgrund von Hinweisen des Verfassungsschutzes konnten mehrfach erfolgreiche Maßnahmen u. a. gegen die Verbreiter von NS-Artikeln und gegen neonazistische Gruppierungen getroffen werden.

1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Allgemeines

Die NPD - nach wie vor größte rechtsextremistische Organisation - hat weiter an politischer Bedeutung verloren und mußte auch 1977 einen Mitgliederverlust hinnehmen. Ihr gehören noch rd. 9.000 Mitglieder an, von denen sich nur ein Bruchteil aktiv für die Partei einsetzt. Mit etwa 1.600 Mitgliedern zählt der nordrhein-westfälische zu den stärksten NPD-Landesverbänden.

Bundesparteitag 1977 in Hannover

Am 26. und 27. März 1977 hielt die NPD ihren 11. Bundesparteitag in Hannover ab. Er wählte Martin Mußgnug erneut zum Parteivorsitzenden.

"Deutschlandtreffen" am 17. Juni 1977 in Frankfurt

Zu einem "Deutschlandtreffen" hatte die NPD zum 17. Juni 1977 nach Frankfurt/Main aufgerufen. An ihrem Demonstrationzug durch die Stadt und der anschließenden Kundgebung auf dem Römerberg beteiligten sich etwa 4.000 Personen, darunter auch Rechtsextremisten aus Österreich, Italien, Belgien und Frankreich. Eine große Anzahl junger Leute trug schwarze oder khakifarbene Kleidung. In seiner Rede erklärte der Parteivorsitzende Mußgnug, die NPD werde das von den "Bonner Parteien verseuchte" politische Klima reinigen. Er bezeichnete Mitglieder des Deutschen Bundestages als Verräter.

Verlegung der Geschäftsstelle des Landesverbandes NW

Anfang Juni 1977 hat der nordrhein-westfälische Landesverband der NPD seine Geschäftsstelle von Duisburg nach Bochum-Wattenscheid verlegt. Sie befindet sich in einem dreistöckigen alten Wohnhaus, das von der NPD angemietet, renoviert und für Parteizwecke umgestaltet worden ist. Fünf Arbeitsräume für die Referate, ein Maschinenraum für Druckerei und Postanlage sowie Übernachtungsmöglichkeiten und Schulungsräume stehen zur Verfügung. Ferner ist der neuen Landesgeschäftsstelle, in der die NPD insgesamt etwa viermal so viel Räume wie bisher hat, ein sogenanntes Zentrum mit Cafeteria und Küche angeschlossen.

Landesparteitag 1977 in Erkelenz

Am 25. September 1977 fand in Erkelenz der Landesparteitag der NPD NW statt. Es nahmen bis zu 500 Personen teil, darunter Abordnungen flämischer und wallonischer Nationalisten. Der bisherige Landesvorsitzende Walter Seetzen, ein 60-jähriger Kaufmann aus Bremen, wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Heinrich Gerlach (Student aus Iserlohn, 29 Jahre), Manfred Aengenvoort (33-jähriger Prokurist aus Oberhausen) und Wolfgang Frenz (Solinger Kaufmann von 41 Jahren) gewählt. Der anwesende Bundesvorsitzende Mußgnug behauptete vor den Delegierten, das Interesse der Bevölkerung an der NPD habe wieder zugenommen.

Stundung der Wahlschulden

Von den Wahlkampfkosten-Vorschüssen, die ihr für die Bundestagswahl 1976 gewährt worden waren, hat die NPD noch 918.000 DM zurückzuerstatten. Längere Verhandlungen mit der Bundestagsverwaltung führten zu der Vereinbarung, daß die Partei bis zum 31. Januar 1978 150.000 DM zurückzahlt; die restlichen Wahlschulden werden ihr bis nach der Bundestagswahl 1980 zinslos gestundet. Aus diesem Anlaß hat die NPD in ihrem Presseorgan "Deutsche Stimme" Nr.1/1978 einen dringenden Spendenaufruf an alle "Mitglieder und Freunde" veröffentlicht. Sie weist darauf hin, daß zwar durch das Verhandlungsergebnis der "schwere Druck von uns genommen" aber die "finanziellen Reserven der Partei auch weitgehend erschöpft" seien.

(Die 1975 zwischen der nordrhein-westfälischen Landtagsverwaltung und dem NPD-Landesverband NVV über die Rückzahlung von Wahlkampfkosten-Vorschüssen für die Landtagswahl 1975 getroffene Vereinbarung - monatliche Rückzahlung von 750 DM - besteht unverändert fort. Die Wahlschulden des Landesverbandes belaufen sich derzeit noch auf rd. 150.000 DM.)

1.3 Junge Nationaldemokraten (JN)

Allgemeines

Bei den JN handelt es sich um die zunehmend militante Jugendorganisation der NPD. Sie zählten Ende 1977 rund 1.500, davon in Nordrhein Westfalen rund 450 Mitglieder. Die JN scheuen auch nicht die tätliche Auseinandersetzung mit politischen Gegnern in der Öffentlichkeit. In einigen ihrer Gruppen sind neonazistische Tendenzen unverkennbar. Wiederholt wirkten JN-Aktivisten bei neonazistischen Aktionen mit.

Landeskongreß 1977 in Münster

Ein Landeskongreß der nordrhein-westfälischen JN fand am 12. März 1977 in Münster statt. Er stand unter dem Motto "Vorwärts für ein einiges Land!" Während des Kongresses kam es zu Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Gegendemonstranten (vorwiegend vom Kommunistischen Bund Westdeutschland - KBW) und der Polizei, wobei Polizeifahrzeuge beschädigt und eine Polizeiwache in Münster belagert wurden. Fünf Störer mußten vorübergehend festgenommen werden.

Bundeskongreß 1977 in Osnabrück

Am 17. und 18. September 1977 hielten die JN in Osnabrück einen außerordentlichen Bundeskongreß ab. Sein Motto war "Zerschlagt Rotfront und Reaktion!". An ihm nahmen ca. 200 Personen teil. Zum Bundesvorsitzenden wurde Gösta Thomas aus Erlangen gewählt. In dem neugewählten 12-köpfigen JN-Bundesvorstand sind fünf Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen vertreten. Anlässlich des Kongresses gab es wiederholt Auseinandersetzungen zwischen JN und überwiegend linksextremistischen Gegendemonstranten.

Landeskongreß 1978 in Bochum

Am 14. und 15. Januar 1978 fand in Bochum-Wattenscheid der 7. ordentliche JN-Landeskongreß statt, an dem ca. 70 Personen teilnahmen. Das Motto der Veranstaltung lautete: "Deutscher Sozialismus vernichtet den Marxismus!" Mit großer Mehrheit wurde Heinrich Gerlach, 29-jähriger Student aus Iserlohn, in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. In seiner Schlußansprache rechnete Gerlach mit dem "liberal-bürgerlich-kapitalistischen Bürgertum" ab. Er forderte, das liberal-bürgerliche Denken, welches sich besonders in der CDU und im rechten Flügel der SPD eingenistet habe, anzugreifen und zu demaskieren. Gerlach kündigte weitere Straßenaktionen der JN in Nordrhein-Westfalen an. Im Zusammenhang mit dem Landeskongreß kam es am 14. Januar 1978 in Bochum zu Auseinandersetzungen zwischen ca. 450 Angehörigen des KBW und ca. 50 JN-Mitgliedern. Nach Angaben der Polizei versuchten die Linksextremisten, mit Gewalt eine angemeldete Kundgebung der JN zu stören. Dabei schlugen sie auch mit Eisenstangen auf die Polizei ein. Ein Beamter erlitt hierbei einen Unterarmbruch; ein KBW-Angehöriger wurde leicht verletzt. Fünf Personen wurden vorläufig festgenommen.

1.4 Neonazistische Gruppen

Allgemeines

Die etwa 15 neonazistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland besitzen keine feste organisatorische Struktur. Ihren insgesamt etwa 150 Aktivisten - meist jüngeren Personen - sind mehrere hundert Sympathisanten hinzuzurechnen. Ziele der Neonazis sind die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines der NS-Diktatur vergleichbaren Staatssystems. In Reden und Publikationen ihrer Wortführer treten militanter Antisemitismus, die Verherrlichung des Nationalsozialismus und tiefer Haß gegen die Demokratie immer mehr zutage.

Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS)

Der 63-jährige Journalist Erwin Schönborn aus Frankfurt/Main, Leiter des KDS, gab im Februar 1977 durch Rundschreiben die Gründung eines KDS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen bekannt. Sitz des neuen Verbandes, dessen Vorstand ein angeblicher Oberst a. D. und eine NPD-Funktionärin angehören, ist Paderborn. Aktivitäten des Verbandes ließen sich bisher nicht feststellen.

NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO)

Die NSDAP-AO wurde im Jahre 1972 von dem 24-jährigen Deutsch-Amerikaner Gary Rex (Gerhard) Lauck aus Lincoln/Nebraska (USA) gegründet. Sie unterhält in der Bundesrepublik Deutschland mehrere Stützpunkte.

Seit 1973 verschickt Lauck, der sich selbst als "Berufspolitiker" bezeichnet, die Zeitschrift "NS-Kampfruf" und anderes NS-Propagandamaterial in das Bundesgebiet.

In der Nacht zum 12. April 1977 befestigten unbekannte Täter in Köln am Bankhaus Oppenheim 30 Hakenkreuz-Plakate der amerikanischen NSDAP-AO mit dem Text "Kauft nicht bei Juden". Wiederholt klebten auch in anderen nordrhein-westfälischen Städten unbekannte Täter zahlreiche NSDAP-AO-Plakate.

Am 18. August 1977 wurden der 53-jährige Maschinenschlosser Paul Otte aus Niedersachsen und drei neonazistische Gesinnungsgenossen vorläufig festgenommen, als sie NS-Propagandamaterial aus Dänemark einschleusen wollten. Otte gilt als Schlüsselfigur der NSDAP-AO und tritt als deren "Sektionsleiter" in der Bundesrepublik Deutschland auf. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde umfangreiches weiteres NS-Schriftgut sichergestellt.

Deutsche Bürgerinitiative (DBI)

Am 10. Mai 1977 demonstrierte der 49-jährige ehemalige Rechtsanwalt Manfred Roeder mit etwa 20 DBI-Anhängern vor der Britischen Botschaft in Bonn für die Freilassung von Rudolf Hess. Nach Übergabe einer Resolution und offizieller Beendigung der Demonstration verbrannten einige Teilnehmer vor dem Bonner Rathaus eine britische Flagge. Einer der Täter konnte gefaßt werden; das eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde am 2. August 1977 eingestellt, da ein verantwortlicher Leiter der Versammlung nicht zu ermitteln war.

NSDAP-Gruppe Wübbels

Der Mitbegründer und Koordinator eines Sammlungsvorhabens "NSDAP", der 53-jährige Frührentner Wilhelm Wübbels aus Bocholt, wurde am 6. Juni 1977 durch das Amtsgericht Bocholt rechtskräftig wegen Unterschlagung einer geringwertigen Sache zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu jeweils 20 DM verurteilt.

Wübbels hatte sich den Stempel eines Hospitals angeeignet und ihn zur Tarnung beim Versenden nationalsozialistischer Propagandaschriften als Absenderstempel benutzt. Nach den Feststellungen des Gerichts bekennt sich Wübbels offen zum Nationalsozialismus und tritt aktiv für den Wiederaufbau der NSDAP ein.

Nach Vorermittlungen der Verfassungsschutzbehörden wurden am 28. Oktober 1977 in Bocholt und in Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) Maßnahmen gegen den Herausgeber und den Drucker der seit Januar 1977 erscheinenden neonazistischen Zeitschrift "Wille und Weg - Nationalsozialistische Reichszeitung"

eingeleitet. In der Wohnung des Herausgebers Wilhelm Wühl konnte umfangreiches Schriftmaterial sichergestellt werden. Der Drucker hatte die letzten drei Ausgaben dieser Zeitschrift in einer Auflage von jeweils 1.500 Stück sowie 5.000 Hakenkreuz-Plakate gedruckt.

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)

Bei einer Geschwindigkeitskontrolle hielt die Verkehrspolizei am 6. August 1977 in Düsseldorf einen Personenwagen an, dessen Insassen NS-uniformähnliche Kleidung trugen. Im Pkw und bei anschließender Durchsuchung mehrerer Wohnungen sowie einer Gaststätte im Köln-Düsseldorfer Raum fand die Polizei neben zahlreichen neonazistischen Schriften, Filmen, Hakenkreuz-Armbinden und Hitler-Portraits auch eine Pistole sowie Hinweise auf Sympathisanten und Kontaktgruppen im In- und Ausland. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelt wegen Verdachts der Verbreitung nationalsozialistischer Kennzeichen. Nach den bisherigen Feststellungen sind die Beschuldigten Mitglieder der VSBD/PdA, einer ca. 50 Angehörige zählenden neonazistischen Organisation mit Sitz in München. Die VSBD/ PdA wird von dem ehemaligen NPD-Funktionär Friedhelm Busse geleitet. Sie besitzt "Landesverbände" in Bayern und Nordrhein-Westfalen.

1.5 Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten

Deutsche Volkunion (DVU)

Bei ihr handelt es sich um eine 1971 auf Initiative von Dr. Gerhard Frey, dem Herausgeber der rechtsextremistischen "Deutschen National-Zeitung" (DNZ), gegründete Mitgliederorganisation. Sie führt publizistisch vorbereitete, spektakuläre Veranstaltungen durch, auf denen Dr. Frey vor allem gegen die Politik der sozial-liberalen Bundesregierung polemisiert, sich für eine Amnestie aller "Kriegsverbrecher" des "Dritten Reiches" einsetzt und regelmäßig antijüdisch agitiert. Als Publikationsorgan erscheint wöchentlich der "Deutsche Anzeiger". Der DVU gehören ca. 4.000 Mitglieder an.

Am 5. März 1977 fand in Köln-Porz eine DVU-Kundgebung unter dem Motto "Bekanntnis zu Oberst Rudel - Abrechnung mit Wehner" statt. Hauptredner der Veranstaltung, an der rd. 900 Personen teilnahmen, war Dr. Gerhard Frey. Für die Bombenanschläge auf das DNZ-Verlagsgebäude im Januar und Februar 1977 machte er jüdische Gruppen und den israelischen Geheimdienst verantwortlich. Rund 80 Demonstranten, darunter das französische Ehepaar Klarsfeld, protestierten gegen die DVU-Versammlung.

NS-Aktionen im Ruhrgebiet und Münsterland

Vom Landgericht Dortmund wurden am 16. Juni 1977 drei Personen verurteilt, weil sie im Ruhrgebiet Propagandamittel neonazistischer Organisationen verbreitet und deren Kennzeichen verwendet haben. Zwei von ihnen erhielten je eine fünfmonatige Freiheitsstrafe unter Aussetzung zur Bewährung; der dritte wurde zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30 DM verurteilt. In der Folgezeit konnten weitere NS-Schmieraktionen im Raum Recklinghausen geklärt werden, an denen die Verurteilten ebenfalls beteiligt waren.

Neben einer Vielzahl weiterer NS-Schmierereien im Verlauf des Jahres 1977 in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens kam es auch im Münsterland - insbesondere um die Jahreswende 1977/78 - wiederholt zu neonazistischen und antisemitischen Aktionen. So wurden in der Nacht zum 24. Dezember 1977 die Hauswand eines

Geschäftes in Münster, in der darauffolgenden Nacht die gesamte Hausfront des Institutum Judaicum der Universität Münster beschmiert. In der Nacht zum 26. Dezember 1977 sprühten unbekannte Täter an die Straßenfront des Rathauses in Billerbeck neonazistische und antisemitische Hetzparolen. Ähnliche Schmierereien stellte man zur gleichen Zeit in Havixbeck fest.

In Münster brachten in der Nacht zum 31. Dezember 1977 Unbekannte am Ladenlokal des Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde mehrere Aufkleber an, die ein Hakenkreuz und den Text "Kauft nicht bei Juden - Wir sind wieder da" enthielten. In der Nacht zum 7. Januar 1978 wurde das Billerbecker Rathaus erneut beschmiert. Eine Vielzahl von Mitgliedern des Stadtrates von Billerbeck und der Redakteur der Münsterschen Zeitung in Coesfeld erhielten Drohbriefe mit Trauerrand. Es handelte sich um Fotokopien, deren obere Hälfte einen Totenkopf mit gekreuzten Knochen, auf der Stirn die Todesrunne, und deren untere Hälfte das Hakenkreuzbanner mit dem Aufdruck "NSDAP" sowie in Druckbuchstaben den Namen des jeweiligen Empfängers mit dem Wort "Verrecke" aufweisen.

In einer Wohnung in Münster stellte die Polizei NS-Propaganda- und weiteres Beweismaterial sicher. Der Wohnungsinhaber stand bis dahin in direkter Verbindung mit der NSDAP-Auslandsorganisation und dem DNSU-Verlag in Aarhus (Dänemark) und gehörte zumindest noch im November 1977 dem Kreisverband Münster der Jungen Nationaldemokraten an. Bei seiner Vernehmung hat er zugegeben, mehrfach die neonazistische Zeitschrift "Wille und Weg" verschickt, Drohbriefe an politische Persönlichkeiten im Raum Billerbeck sowie - selbst hergestelltes - NS-Propagandamaterial (Flugblätter) an jüdische Institutionen versandt zu haben. Außerdem hat er gestanden, an Schaufenstern eines jüdischen Geschäftes Aufkleber mit Hakenkreuzen und Parolen wie "Kauft nicht bei Juden" angebracht zu haben.

Brandanschlag auf das Büro der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlin (SEW)

Aufgrund Haftbefehls des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten wurde am 8. August 1977 der Rechtsextremist Ekkehard Weil in seinem derzeitigen Wohnort Bochum u. a. wegen des Verdachts verhaftet, am 1. August 1977 auf das SEW-Büro in Berlin-Charlottenburg einen Brandanschlag verübt zu haben, bei dem ein Sachschaden in Höhe von ca. 7.000 DM entstanden ist. Wegen dieser Tat ist er am 23. Januar 1978 von einer Großen Strafkammer in Berlin zu 3 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.

Weil war zuletzt am 30. April 1977 in Erscheinung getreten. Damals versuchte er mit vier weiteren Personen, unangemeldet vor dem Gebäude der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn zu demonstrieren; er wollte die Freigabe der Leiche des an der DDR-Grenze getöteten Michael Gartenschläger erreichen.

Am 8. März 1971 war Weil durch ein Gericht der britischen Militärregierung in Berlin (West) wegen Mordversuchs an einem sowjetischen Soldaten (Anschließen des Wachtpostens vor dem sowjetischen Ehrenmal) zu 6 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, im Herbst 1975 allerdings vorzeitig aus der Haft entlassen worden.

2 Linksextremismus

2.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die DKP hat auch 1977 ihre bisherige Parteiarbeit fortgesetzt. Dabei konzentrierten sich die Bemühungen der DKP-Führungsgremien u. a. darauf, die Mitgliederwerbung im Rahmen des für 1977 beschlossenen "Max-Reimann-Aufgebots" zu intensivieren, dem Pressefest des DKP-Zentralorgans "Unsere Zeit" (UZ) im Juli 1977 in Recklinghausen zu einem spektakulären Erfolg zu verhelfen, die internationalen Beziehungen zu bestimmten kommunistischen "Bruderparteien" zu vertiefen und durch eine Reihe zentraler Veranstaltungen und offizieller Verlautbarungen (Programmwurf) die Präsenz der Partei in der Öffentlichkeit erneut deutlich zu machen. Die vielgestaltigen Aktivitäten ließen auch diesmal die taktische Zielvorstellung der DKP erkennen, neben der organisatorisch-ideologischen Festigung des Parteiapparates zur "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" als dem Kernstück ihrer "Bündnispolitik" zu gelangen. So hat der Parteivorstand der DKP mehrfach - vornehmlich auf seiner 6. Tagung am 18./19. Juni 1977 in Düsseldorf - die Mitglieder und Funktionäre der Partei angewiesen, auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens Kontakte mit "sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern" aufzunehmen und zu versuchen, sie für eine gemeinsame Solidaritätsaktion "Recht auf Arbeit zu gewinnen.

Mitgliederwerbung ("Max-Reimann-Aufgebot")

Trotz einiger lokal begrenzter Erfolge und einer für die Öffentlichkeit bestimmten optimistischen Einschätzung der Werbeaktion durch den DKP-Parteivorstand hat die DKP in Nordrhein-Westfalen auch im Jahre 1977 ihren Mitgliederbestand (ca. 15.000) nicht erhöhen können.

Das unbefriedigende Ergebnis des "Max-Reimann-Aufgebots" hat sich jedoch auf die Aktivität der Mitglieder und Funktionäre nicht ausgewirkt.

Veranstaltungen auf Bundes- und Landesebene

Solidaritätskonferenz deutscher und ausländischer Arbeiter

Der Parteivorstand der DKP veranstaltete am 5. Juni 1977 in Köln eine Konferenz unter dem Motto "Solidarität deutscher und ausländischer Arbeiter"; an der zahlreiche spanische, portugiesische, italienische, griechische und türkische Arbeiter teilnahmen.

Damit werden die Versuche fortgesetzt, ausländische Arbeiter, insbesondere Mitglieder der KP Italiens und der KP Spaniens, für die DKP zu gewinnen.

ZU-Pressfest vom 1. bis 3. Juli 1977 in Recklinghausen

An dieser Veranstaltung nahmen insgesamt, d. h. an den drei Tagen, etwa 200.000 Personen teil. Die Teilnehmer waren u. a. mit Sonderzügen und

Omnibussen aus allen Bundesländern angereist. Als Gäste waren Vertreter von 24 "Bruderparteien" erschienen.

Für die KPdSU waren u. a. der stellvertretende Chefredakteur des Zentralorgans der KPdSU "Prawda" anwesend. Die SED war durch den stellvertretenden Chefredakteur des Zentralorgans der SED "Neues Deutschland", Werner Micke, vertreten.

Die DKP versuchte, Festbesucher in Gesprächen und Forumdiskussionen über ihre Politik zu informieren und "antikommunistische Vorurteile" abzubauen. Hauptanziehungspunkt für die Besucher bildete das Unterhaltungsprogramm, bei dem etwa 900 Künstler sowie Sportler und Artisten aus der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und dem Ausland (z. B. der Sowjetunion, den USA und Vietnam) mitwirkten.

Obwohl die Veranstaltung bei der Bevölkerung weniger beachtet wurde als die beiden zentralen Pressefeste vorher in Düsseldorf, kann von einem propagandistischen Erfolg der DKP gesprochen werden.

Arbeiterzug in die Sowjetunion und Delegationsreisen in die DDR

Um die "Freundschaft zwischen den Arbeitern der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu vertiefen"; fand vom 28. Mai bis 11. Juni 1977 auf Einladung der sowjetischen Gewerkschaften die von der DKP organisierte Veranstaltung "Arbeiterzug 1977 - Freundschaft mit der Sowjetunion" statt. An dem Arbeiterzug nahmen etwa 300 Personen, überwiegend DKP-Mitglieder, teil. Wie ein Mitglied des Parteivorstandes der DKP erklärte, habe der "Arbeiterzug" das Ziel erreicht, auch parteilose Arbeiter an die Sowjetunion heranzuführen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der DKP im Ruhrgebiet ist die Durchführung von Delegationsreisen in die SED-Patenbereiche Leipzig und Halle. Die DKP hat 1977 die Anzahl der von der SED angebotenen Delegationsreisen auf rd. 62 (1976 rd. 40) erhöht. Es handelte sich überwiegend um "Arbeiterdelegationen" für Mitglieder und Sympathisanten sowie Delegationsreisen für junge Mitglieder und Reisen zu kommunal- und bildungspolitischen Zwecken.

Aktivitäten zum Jahrestag der Oktoberrevolution

Am 29. Oktober 1977 fanden in Düsseldorf die zentralen Veranstaltungen der DKP zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution statt. An der "Theoretischen Konferenz" (600 Teilnehmer) und an der anschließenden Festveranstaltung (6.300 Teilnehmer) nahmen Delegationen der KPdSU, des sowjetischen Komsomol, des ZK der KP der CSSR sowie des ZK der SED, teil. Außerdem waren Vertreter der Botschaften sozialistischer Länder in der Bundesrepublik Deutschland erschienen.

Internationale Beziehungen

Die DKP vertrat auf internationalen kommunistischen Beratungen sowie bei zahlreichen Zusammenkünften mit kommunistischen "Bruderparteien" wie bisher die Linie der sowjetischen KP. Dies zeigte sich besonders auf den Konferenzen von 75 kommunistischen Parteien im April 1977 in Prag und von 17 westeuropäischen kommunistischen Parteien im Juni 1977 in Brüssel.

Zu den Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution Anfang November 1977 in Moskau entsandte die DKP eine vierköpfige Delegation

unter Leitung des Parteivorsitzenden Herbert Mies. Er sprach auf der Jubiläumssitzung des ZK der KPdSU und des Obersten Sowjet.

Entwurf eines Parteiprogramms der DKP

Der Parteivorstand der DKP hat im Dezember 1977 den Entwurf eines Parteiprogramms veröffentlicht, der auf Grund eines Beschlusses des Bonner Parteitags der DKP (19. bis 21. März 1976) erarbeitet worden war. Der Parteivorsitzende Mies erklärte, das Programm stehe in der Kontinuität der bisherigen programmatischen Dokumente.

Im Programmentwurf bezeichnet sich die DKP als die "revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" der Bundesrepublik Deutschland, deren Politik sich auf den "Marxismus-Leninismus" gründe. Sie bekenne sich zum "proletarischen Internationalismus" und gestalte ihre nationale Politik im "Einklang" mit dem "revolutionären Weltprozeß". Die DKP entwickle ihre "brüderlichen Beziehungen" zur KPdSU, der "stärksten und erfahrensten Abteilung der kommunistischen Weltbewegung", immer weiter und pflege vor allem ihre Verbundenheit mit der SED, unter deren Führung in der DDR die "grundlegende Alternative" zur "kapitalistischen Ausbeuterordnung" gestaltet werde.

Hauptziel der DKP in der gegenwärtigen Etappe sei, eine "Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt" zu erkämpfen, die in eine "antimonopolistische Demokratie" einmünde. Um diese "Wende" herbeizuführen, müsse sich die DKP zu einer "Massenpartei" entwickeln und beharrlich danach streben, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse" und - darauf aufbauend - "breite demokratische Bündnisse" (Volksfront) herzustellen. Dabei kämen dem außerparlamentarischen Kampf, den Aktionen der Jugend und Studenten sowie den Bürgerinitiativen eine entscheidende Bedeutung zu. Die DKP kämpfe für die "Wende" stets mit dem Blick auf die "weitergehenden Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung". Der Sozialismus werde auch in der Bundesrepublik Deutschland durch die "politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten" gekennzeichnet sein. Die DKP wirke "auf dem Boden des Grundgesetzes und bekenne sich zu dessen demokratischen Prinzipien".

In Wirklichkeit enthält der Programmentwurf keine wesentlichen Änderungen der ideologisch-politischen Grundlagen und Ziele der DKP.

Nebenorganisationen der DKP

Als Nebenorganisationen der DKP agitieren

- unter Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren die "jungen Pioniere (JP) - Sozialistische Kinderorganisation";
- unter der berufstätigen Jugend die "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)
- und unter Studenten der "Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus".

Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation

Diese Organisation wurde 1974 auf direkte Veranlassung des Parteivorstandes der DKP gegründet. Die in der Satzung festgelegte enge Verbindung zur SDAJ soll den späteren Übergang der Kinder zur Partei fördern, Vorstände und Betreuer

der Jungen Pioniere bestehen dementsprechend fast ausschließlich aus DKP- und SDAJ-Angehörigen.

Obwohl in der Satzung entsprechende Passagen fehlen, lassen zahlreiche Verlautbarungen von Funktionären der DKP und der JP den zwingenden Schluß zu, daß die JP eindeutig auf die ideologische und politische Linie der DKP festgelegt sind.

Die Jungen Pioniere sind in NW - analog zu DKP und SDAJ - in die Landesverbände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen gegliedert. Z. Zt. sind in NW insgesamt 60 örtliche Gruppen bekannt. Die Mitgliederzahl wird für NW auf ca. 600 geschätzt.

Der Bundesvorstand gibt eine Zweimonatszeitschrift "Willibald" heraus. Daneben erscheinen in NW noch 5 örtliche Zeitschriften und ein Mitteilungsblatt.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die SDAJ bekennt sich laut Satzung weltanschaulich "zu den sozialistischen Ideen, wie sie von Marx, Engels und Lenin begründet wurden". Obwohl sie sich als "unabhängig von Parteien und Vereinigungen" bezeichnet, ist sie in Wahrheit ideologisch, politisch und personell so eng mit der DKP verbunden, daß sie praktisch als deren Jugendorganisation anzusehen ist.

Die Mitgliederzahl der SDAJ in Nordrhein-Westfalen wird auf ca. 6.000 geschätzt. Es sind 178 örtliche Gruppen bekannt. Sie geben insgesamt 160 örtliche Zeitungen heraus, und zwar 80 Gruppenzeitungen, 47 betriebsgebundene Zeitungen, 14 Berufsschulzeitungen und 19 Schülerzeitungen. Ein Zentralorgan besteht offiziell nicht, jedoch wird dessen Funktion praktisch von dem Jugendmagazin "elan" (Dortmund) wahrgenommen.

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der MSB ist - obwohl formal selbständig - der Studentenverband der DKP, der er sich offen politisch unterordnet. Er vertritt ein marxistisch-leninistisches Konzept orthodoxer Prägung, das sich deckt mit der Zielsetzung der DKP, mit der er auch personell eng verflochten ist. Durch sein planvolles Verhalten hat er sich zur schlagkräftigsten linksextremistischen Studentenorganisation entwickelt.

Der 5. Bundeskongreß des MSB fand am 8./9. Oktober 1977 in München statt. Etwa 700 Delegierte und Gastdelegierte aus 188 Gruppen vertraten die insgesamt 5.800 MSB-Mitglieder (4. Bundeskongreß 1975: 4.700 Mitglieder in 145 Gruppen). Gastdelegationen aus 24 Ländern waren anwesend, darunter Vertreter aus der DDR, UdSSR, CSSR, Ungarn und Kuba. Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, überbrachte dem Kongreß die Grüße seiner Partei und beteuerte die freundschaftliche Verbundenheit mit dem MSB. Der MSB Spartakus, der seinen Sitz in Bonn hat, ist in eine Bundesorganisation und in örtliche Gruppen gegliedert. In Nordrhein-Westfalen ist er an allen Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vertreten. Seine Mitgliederzahl beträgt im Bund ca. 5.800, in unserem Land etwa 1.500. Sein Zentralorgan "rote blätter" erscheint monatlich in einer Auflage von rund 30.000.

Bündnispolitik der DKP (DKP-beeinflußte Organisationen)

Allgemeines

Die DKP versuchte auch 1977, mit Hilfe von Organisationen, in denen und auf die sie in vielfältiger, aber nach außen hin möglichst unauffälliger Weise Einfluß ausübt, die Verwirklichung ihrer politischen Ziele und Vorstellungen in Teilbereichen und etappenweise voranzutreiben. Als solche Organisationen sind beispielsweise zu nennen

- die "Deutsche Friedens-Union" (DFU)
- das "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ).

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die DFU wurde 1960 unter maßgeblicher Beteiligung der illegalen KPD gegründet. Ihre Tätigkeit bestand bisher fast ausschließlich darin, die Politik der DKP zu fördern, und zwar einmal durch das Eintreten für friedenspolitische Vorstellungen, wie sie von der politischen Seite, der die DKP verpflichtet ist, vertreten werden, zum anderen auch durch innenpolitische Folgerungen, die sie daraus zieht: so sieht sie es als eine ihrer Hauptaufgaben an, den Antikommunismus in der Bundesrepublik zu bekämpfen. Zielgruppen ihrer politischen Arbeit sind insbesondere mittelständische Kreise sowie Gruppen, die sich aus betont christlicher Bindung friedenspolitisch engagieren wollen.

Seit der Gründung der DKP im Jahre 1968 hat sich die DFU immer mehr zu einer weitgehend nur noch von Funktionären getragenen Partei rückentwickelt. Auch an Wahlen nimmt sie nicht mehr teil, seit die DKP bei ihnen selbständig auftritt. Die Mitgliederzahl ist rückläufig und wird z. Zt. für das Bundesgebiet auf ca. 2.000, für NW auf ca. 1.000 geschätzt.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das KFAZ hat die Aufgabe, durch gemeinsame politische Aktionen von Kommunisten und Nichtkommunisten die Vorstellungen des orthodoxen Kommunismus zur Friedens- und Abrüstungspolitik zu verbreiten und durchzusetzen. Nach eigenen Aussagen stimmt das KFAZ voll mit den sowjetischen Vorschlägen zur Sicherung des Friedens überein.

Die Geschäftsstelle des KFAZ befindet sich in einem Kölner Verlag, der zur Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler gehört; der Leiter der Arbeitsgemeinschaft ist Mitglied des Parteivorstandes der DKP. Die beiden tatsächlich führenden Funktionäre des KFAZ, von denen einer dem acht Personen umfassenden "Büro" angehört, sind in leitender Position bei diesem Verlag tätig. Wenn auch von den Mitgliedern des "Büros" keines der DKP oder einer ihrer Nebenorganisationen angehört, so kann doch andererseits keine Rede sein von einem "breiten Bündnis der Friedenskräfte" bis hinein in das relevante demokratische politische Spektrum.

Bündnispolitik an den Hochschulen (Sozialistischer Hochschulbund SHB)

Der Sozialistische Hochschulbund (SHB), der seinen Sitz in Bonn hat, ist aufgrund seiner eigenen Zielsetzung, gegen die eine innerverbandliche Opposition nicht mehr erkennbar ist, nach wie vor stetiger und zuverlässiger Bündnispartner des MSB Spartakus. Dies erwies auch seine letzte 19. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung am 22./23. Oktober 1977 in Bremen. Die etwa 150 Delegierten vertraten die - nach SHB-Angaben - 1.600 Mitglieder des

Verbandes (1976 = 1.400 Mitglieder), die in 51 Gruppen und etwa 20 Initiativgruppen organisiert sind, davon 500 in Nordrhein-Westfalen. Unter den etwa 150 Gästen befanden sich auch Abordnungen der DKP und ihrer Nebenorganisationen.

2.2 Prochinesische ("maoistische") kommunistische Organisationen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen KBW, KPD, KPD/ML und dem Kommunistischen Bund (KB) haben durch den Führungswechsel in der Volksrepublik China nach dem Tod Mao Tse-tungs eine zusätzliche Verschärfung erfahren. Während die KPD und der KBW die Übernahme der Macht durch die neue Führungsgruppe begrüßen, lehnen der KB und die KPD/ML die gegenwärtige Entwicklung in China ab. Die KPD/ML folgt dabei der Linie der Kommunistischen Partei Albanien, die sie anstelle der KP Chinas als "führende Kraft des Weltproletariats" anerkennt. Unter diesen Voraussetzungen ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig, die genannten Gruppierungen noch als prochinesisch oder maoistisch zu bezeichnen. Sie werden unter Übernahme eines aus dem ideologischen Umfeld des Linksextremismus herrührenden Begriffs auch als "K-Gruppen" (von K = kommunistisch) bezeichnet. Da jedoch die DKP nicht einbezogen wird, erscheint die Verwendung dieses Begriffs mißverständlich.

Die öffentlichen Erörterungen über ein mögliches Verbot haben die Tendenz der Apparate, ihre Tätigkeit weitgehend konspirativ durchzuführen, erheblich verstärkt. KBW und KPD haben bereits konkrete Beschlüsse über eine Fortsetzung der Parteiarbeit im Untergrund gefaßt und einen Teil ihrer Arbeit auf nach außen hin neutrale Gruppen, die auch unter der Bezeichnung "Bürgerinitiative" auftreten können, oder bestimmte Komitees - z. B. das Soldaten- und Reservistenkomitee des KBW oder auf die Leserkreise des KPD-Zentralorgans "Rote Fahne" - verlagert. Damit sollen zugleich die in KBW, KPD, KPD/ML und KB nur in Ansätzen vorhandenen Vorstellungen über die kommunistische Bündnispolitik zumindest teilweise realisiert werden. Trotz der ideologischen und organisatorischen Differenzen haben die genannten Gruppierungen nichts von ihrer Gefährlichkeit eingebüßt, weil sie sich nach wie vor eindeutig zur Gewalt bekennen.

Bemühungen um "Aktionseinheit"

Im Oktober 1977 hat die Aktivität der sogenannten K-Gruppen unter dem Eindruck des von verschiedenen Seiten geforderten Verbots sprunghaft zugenommen. Es gelang ihnen, zu einer Kundgebung gegen die Verbotsandrohung am 8.10.1977 in Bonn rd. 16.000 Anhänger des maoistischen Lagers aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu mobilisieren.

In einer selbstkritischen Einschätzung der Kundgebung kommt vor allem der KBW zu dem Ergebnis, daß die Veranstaltung kein voller Erfolg gewesen sei. Deshalb müßten die Bemühungen fortgesetzt werden, die "Aktionseinheit" zwischen KBW, KPD und KPD/ML auszubauen und auf andere Organisationen auszudehnen.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand ist jedoch davon auszugehen, daß die K-Gruppen wieder getrennt operieren werden. Eine "Aktionseinheit" größeren Umfangs ist erst dann zu erwarten, wenn ein Verbotsantrag tatsächlich gestellt werden sollte. Lediglich auf örtlicher Ebene ist es ab September 1977 zu einer

begrenzten Zusammenarbeit zwischen Gruppierungen des KBW und der KPD gekommen.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Im Gegensatz zu allen anderen K-Gruppen ist es dem KBW in Nordrhein-Westfalen gelungen, seinen Mitgliederbestand erheblich zu erhöhen. Nach dem Stand vom 1. September 1977 liegt die Mitgliederzahl bei ca. 1.500; dies bedeutet gegenüber Anfang 1977 eine Zunahme von 600 Mitgliedern. Seit 1975 hat sich der Mitgliederbestand des KBW in Nordrhein-Westfalen damit mehr als verdoppelt.

Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als der KBW von seinen Mitgliedern nach wie vor erhebliche finanzielle Opfer verlangt. Der normale Monatsbeitrag liegt z. Zt. bei 150 DM. Es sind auch Beitragszahlungen von 500 DM und mehr bekanntgeworden. Personen ohne regelmäßiges Einkommen müssen monatlich mindestens 30 DM zahlen.

Ab Ende 1977 ist eine weitere Zunahme der Mitgliedsstärke nicht mehr festzustellen. Die Mitglieder des KBW sind in Nordrhein-Westfalen in rund 40 Ortsverbänden und 8 übergeordneten Bezirksverbänden zusammengefaßt, die von der 27-köpfigen Regionalleitung Mitte mit Sitz in Köln angeleitet werden. Von hier aus werden auf Weisung des "Zentralen Komitees" (ZK) in Frankfurt/Main die Arbeitsziele der Gruppen bestimmt. Besondere Schwerpunkte sind die Universitätsstädte.

In Frankfurt hat der KBW inzwischen ein Haus für einige Millionen DM erworben, in dem die "Zentrale Leitung" und ein Schulungszentrum untergebracht werden sollen. Darüber hinaus ließ der KBW mit erheblichen Kosten ein hochmodernes Nachrichtensystem zwischen dem "Zentralen Komitee" und den Regional- und Bezirksleitungen installieren. (In NW ist hieran u. a. die Regionalleitung Köln angeschlossen.)

Die neuen Einrichtungen sind aus den 1976 unter den Mitgliedern gesammelten Spenden finanziert worden. Trotz aller Aktivitäten hat sich seit den vom KBW mitgetragenen militanten Aktionen in Brokdorf und Grohnde seine Resonanz in der Öffentlichkeit verschlechtert. Dies ist auch am rückläufigen Verkauf des KBW-Zentralorgans "Kommunistische Volkszeitung" (KVZ) zu erkennen.

Kommunistischer Jugendbund (KJB)

Der KJB ist die Jugendorganisation des KBW. Es gibt keine zentrale Organisation, nur örtliche von der jeweiligen KBW-Einheit angeleitete Stützpunkte bzw. Gruppen.

Mitglieder:

im Bundesgebiet ca. 400

im Land NW ca. 100

11 Gruppen bzw. Stützpunkte in NW.

KBW - orientierte Studentengruppen

Die dem KBW zuzurechnenden Studentengruppen haben ihre Basis nicht erweitern können. Sie sind an Hochschulen in Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Köln, Münster und Paderborn vertreten.

Es handelt sich im wesentlichen um Funktionärsgruppen. Die Mitgliederzahl dürfte im Bundesgebiet etwa 1.600 betragen, auf Landesebene 300 - 350 nicht überschreiten.

Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK)

Als Nebenorganisationen des KBW sind die auf seine Initiative gebildeten und von ihm gesteuerten "Soldaten- und Reservistenkomitees" (SRK) anzusehen. Sie pflegen in "Orientierungsmärschen", "Pionierübungen" und Geländespielen eine Art paramilitärische Ausbildung. Agitationsschwerpunkte ergeben sich besonders in Verbindung mit Maßnahmen und Veranstaltungen der Bundeswehr. Neuerdings beschäftigen sie sich auch mit der Bildung von Spielmannszügen und Chören.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Wie bei den K-Gruppen üblich, führte die KPD unter konspirativen Umständen an einem nicht bekannten Ort ihren 11. Parteitag durch. Sie gab in ihrem Zentralorgan "Rote Fahne" an, daß dieser Parteitag vom 28. bis 31. Juli 1977 in Duisburg stattgefunden habe. Als Vorsitzender des ZK der KPD wurde der KPD-Funktionär Christian Semler gewählt. Der Parteitag beschloß, die "proletarische Einheitsfrontpolitik" zur Leitlinie seiner Gewerkschaftsarbeit zu machen. Er verwarf das frühere Konzept der "Revolutionären Gewerkschaftsbewegung".

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD)

Die Jugendorganisation der KPD, die ihren Sitz in Köln hat, ist im Bundesgebiet ca. 450 und im Land NW ca. 100 Mitglieder stark. In Nordrhein-Westfalen gibt es 18 Gruppen bzw. Stützpunkte. Ihr Zentralorgan ist die "Kämpfende Jugend", das in Köln erscheint.

Kommunistischer Studentenverband (KSV)

Der KSV ist die Studentenorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Er hat seinen Sitz in Köln und verfügt im Bund über ca. 1.100 Mitglieder; im Lande Nordrhein-Westfalen wird die Mitgliederzahl von 400 derzeit nicht überschritten.

Auf Bundesebene ist die "Zentrale Leitung" Führungsorgan, auf Länderebene bestehen "Regionalkomitees".

In NW sind KSV-Aktivitäten (Gruppen oder Sympathisanten) nur noch an acht Hochschulen festgestellt worden.

Das Zentralorgan heißt "Dem Volke dienen".

Liga gegen den Imperialismus

Die KPD bedient sich der Liga für den "anti-imperialistischen Kampf", auch wenn diese inzwischen in ihren programmatischen Äußerungen die Verbindung zur KPD nicht mehr so deutlich macht.

Die Liga, die ihren Sitz in Köln hat, ist in Bundes-, Landes- und regionale Organisationen gegliedert. Führungsgremium ist der vom Präsidium gewählte Vorstand. Sie hat im Bund etwa 1.800, in unserem Lande ca. 750 Mitglieder.

Der Landesverband der Liga in NW (Sitz: Bochum) hat inzwischen mindestens 30 Ortsgruppen gegründet.

In NW bestehen ferner überregionale Bezirksleitungen für die Bereiche

- Ruhrgebiet
- Rhein-Wupper
- Ostwestfalen-Lippe
- Aachener Revier einschl. Bonn-Köln.

Zentralorgan der Liga ist die "Internationale Solidarität".

Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Anfang 1977 hat die KPD/ML unter strengster Geheimhaltung ihren 3. Parteitag durchgeführt und das 4. Zentralkomitee der KPD/ML und die neue "Zentrale Parteikontrollkommission" (ZPKK) gewählt. Außerdem wurden das neue Parteiprogramm und ein neues Statut verabschiedet.

Das neue Programm, in dessen Mittelpunkt nach wie vor das Bekenntnis zur Gewalt steht, enthält keine veränderten Aussagen über die ideologische und politische Linie der KPD/ML. Das Statut beinhaltet wesentlich verschärfte Bestimmungen zur Einhaltung der Parteidisziplin und der parteiinternen Sicherheitsbestimmungen. Der Parteaufbau ist nicht mehr konkret angegeben.

Die Aktivitäten der KPD/ML in der Öffentlichkeit sind 1977 zurückgegangen. Stattdessen ist - wie bereits dargelegt - die Tendenz erkennbar, zu konspirativen Arbeitsmethoden im Rahmen kleinerer Gruppen überzugehen. So wird die von dem KPD/ML-Vorsitzenden Ernst Aust wiederholt erhobene Forderung nach dem Aufbau von "Kampfabteilungen" in den Parteizirkeln erörtert. Die Planungen gehen dahin, Gruppen von militärisch geschulten Mitgliedern zu bilden, die - ohne Kontakt zu den örtlichen Parteigliederungen - bei geeigneten Anlässen eingesetzt werden sollen.

Bisher konnte jedoch in Nordrhein-Westfalen die Aufstellung von Kampfabteilungen der KPD/ML nicht festgestellt werden. Ende September/Anfang Oktober 1977 hielt sich der KPD/ML-Vorsitzende Ernst Aust auf Einladung des ZK der "Partei der Arbeit Albanien" (PAA) in der Volksrepublik Albanien auf. Anlässlich des 7. Kongresses des "Verbandes der Jugend der Arbeit Albanien" nahm auch eine Delegation der KPD/ML-Jugendorganisation "Rote Garde" teil.

Rote Garde Jugendorganisation der KPD/ML

Sie hat ihren Sitz in Dortmund. Die Mitgliederzahl beträgt im Bund ca. 300, in NW ca. 100, die sich auf 19 Gruppen bzw. Stützpunkte verteilt.

Zentralorgan: "Die Rote Garde", Dortmund.

Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB/ML)

Er ist eine Sektion der Roten Garde (der Jugendorganisation der KPD/ML) und ist wie diese organisiert.

Er soll die Aufgabe erfüllen, die das revolutionäre Proletariat den Studenten stellt. In letzter Zeit konnten nur noch vereinzelt Aktivitäten an den Hochschulen unseres Landes festgestellt werden.

Die Gesamtmitgliederzahl in NW beträgt weniger als 100.

Kommunistischer Bund (KB)

Der KB, organisatorisch in Nordrhein-Westfalen noch verhältnismäßig schwach, versuchte 1977 mit erheblicher Aktivität, Einfluß auf die Bewegung gegen Kernkraftwerke zu gewinnen. Vor allem bei der Planung und Vorbereitung der Demonstration am 24. September 1977 gegen den Bau des "Schnellen Brüters" in Kalkar ist er unter den extremistischen Kernkraftwerksgegnern besonders hervorgetreten.

KB - orientierte Studentengruppen

Mit dem Auftreten des KB in Nordrhein-Westfalen ist die Bildung ihm zuzurechnender Studentengruppen an Hochschulen in Aachen, Bochum und Bonn einhergegangen. Sie haben bisher keine besondere Bedeutung erlangt.

Weitere maoistische Parteiansätze

Als weitere Parteiansätze der maoistischen Richtung sind zu erwähnen

- der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD), und
 - der Arbeiterbund (AB) für den Wiederaufbau der KPD,
- die aber beide in Nordrhein-Westfalen noch keine nennenswerte Basis gewonnen haben.

2.3 Undogmatische linksextreme Gruppen

Soweit in den Gruppen, die gegen Kernkraftwerke agitieren, linksextremistischer Einfluß erkennbar wurde, ist er mehrheitlich der "Neuen Linken" zuzuordnen. Dabei sind neben den Organisationen, die sich zu einem dogmatisch aufgefaßten Marxismus-Leninismus der maoistischen Richtung bekennen, auch Gruppierungen beteiligt, die ideologische Festlegungen und organisatorische Disziplin ablehnen und daher "undogmatisch" (auch "Spontis") genannt werden.

2.4 Sozialistisches Büro (SB)

Das sozialistische Büro (SB) mit Sitz in Offenbach, das mit einigen ihm nahestehenden Gruppen auch nach Nordrhein-Westfalen hineinwirkt, ist ein locker gefügter Zusammenschluß radikaler Sozialisten, die sowohl außerhalb der Parteien und Organisationen des demokratischen Sozialismus als auch abgesetzt vom "etablierten" Linksextremismus, wie ihn besonders die DKP und die maoistischen Parteien verstehen, Anhänger zu sammeln versuchen. Innerhalb des ideologischen Spektrums des SB werden auch linksextremistische Thesen vertreten, wie beispielsweise die, daß die (geforderte) "revolutionäre Umwälzung" auf parlamentarischem Wege und unter Ausnutzung des "bürgerlichen" Staatsapparates nicht möglich sei. An den Vorbereitungen für ein "Russell-Tribunal" gegen angebliche Verletzungen der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland hat sich das SB von Anfang an führend beteiligt.

2.5 "Russell-Tribunal" gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik

Die Vorbereitungen zu dem geplanten "Russell-Tribunal" gegen politische Unterdrückung in der Bundesrepublik, zu dem die nach dem britischen pazifistischen Philosophen Bertrand Russell benannte und von ihm 1963 mit

gegründete "Russell-Stiftung" ("Bertrand Russell Peace Foundation Ltd." - RF) aufgerufen hat, werden im Bundesgebiet von Anfang an von linksradikalen und linksextremistischen Gruppen mit getragen und beeinflusst. Dabei handelt es sich vorwiegend um solche Gruppen, die sich ideologisch nicht an den beiden großen kommunistischen Führungsmächten ausrichten. Vor allem das "Sozialistische Büro" ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

Die zur Begründung angeblicher Menschenrechtsverletzungen und der vorgeschlagenen Themen zirkulierenden Unterlagen sind zum Teil mit Kampfschriften und Parolen aus dem Bereich von Unterstützern des Terrorismus identisch (z. B. die von 12 Russell-Initiativgruppen herausgegebene Schrift "Klassenkrieg in der BRD - Interview ans Stammheim"). Auch andere Gruppen, die das Vorhaben unterstützen und sich zumindest verbal von terroristischen Gewaltakten distanzieren, "tragen durch ihre verzerrte, die Wirklichkeit grob entstellende Darstellung der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland dazu bei, ein geistig-politisches Klima zu schaffen, das terroristischen Gewalttaten Vorschub leistet." (Vgl. Antwort des Bundesministers des Innern vom 18.11.1977 auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der CDU/CSU, Bundestagsdrucksache Nr. 8/933)

Der deutsche Beirat des Russell-Tribunals distanzierte sich von Gruppen der terroristischen Randszene, die sich in "Russell-Initiativen" oder "Russell-Unterstützungskomitees" umbenannt haben.

Ein Mitglied der Jury, das dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens angehört, erklärte in einem in der Frankfurter Rundschau vom 26.11.1977 veröffentlichten Brief, das Tribunal wolle "die Anomalie des Falles Deutschland' im Kreis der europäischen Demokratien illustrieren."

2.6 Trotzlisten

Die Trotzlisten in der Bundesrepublik Deutschland sind in verschiedene, miteinander rivalisierende und sich teilweise heftig bekämpfende Organisationen gespalten. Alle bekennen sich zu der von Trotzki entwickelten Lehre von der "permanenten Revolution"; die nur im Weltmaßstab siegen könne und daher einer Weltpartei bedürfe. Bis zum Siege dieser Revolution seien andauernde politische und militärische Aktionen zu entfachen, bis dieser Sieg in allen Staaten der Welt und ohne bürokratische Verfestigung der revolutionären Elite in den einzelnen Staaten errungen sei. Die Gründung kommunistischer Parteien in einzelnen Ländern wird daher abgelehnt. Endziel aller Trotzlisten ist die "Diktatur des Proletariats" in der Staatsform einer "Räteherrschaft".

In der Bundesrepublik Deutschland sind folgende trotzlistische Organisationen tätig, von denen sich jede einer entsprechenden internationalen trotzlistischen Richtung zugehörig empfindet:

Gruppe Internationale Marxisten (GIM) - deutsche Sektion der IV. Internationale

Sitz: Frankfurt/Main

Mitglieder: Bund ca. 600
NW ca. 100

Zentralorgan: "was tun", Frankfurt/M.

15 Gruppen bzw. Stützpunkte in Nordrhein-Westfalen.

Spartacusbund

im Mai 1977 gespalten in zwei verschiedene Richtungen, die jedoch beide den Organisationsnamen für sich beanspruchen.

Sitze: Westberlin bzw. Frankfurt/Main
Zentralorgane: "Spartacus" - separate Ausgaben in Westberlin
bzw. Frankfurt/Main
Mitglieder - vor der Spaltung Bund ca. 200
NW unter 100

Internationale Arbeiterkorrespondenz (IAK)

Funktionärsgruppe um die gleichnamige Zeitschrift.

Sitz: Frankfurt/Main.

In NW ein Stützpunkt in Bochum.

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)

Sitz: Essen
Mitglieder: Bund ca. 100
NW ca. 50
Zentralorgan: "Neue Arbeiterpresse", Essen.
In NW eine Gruppe in Essen.

Sozialistischer Jugendbund (SJB)

Jugendorganisation des BSA
Sitz: Essen
Mitglieder: Bund ca. 200
NW ca. 50
Zentralorgan: "links voran", Essen
4 Gruppen in NW.

Trotzkistische Liga Deutschland (TLD), - "Sympathisierende Sektion der Internationalen Spartacist-Tendenz"

Sitz: Westberlin
Mitglieder: Bund ca. 20
NW Funktionärsgruppe
Zentralorgan: "Kommunistische Korrespondenz", Westberlin.
In NW ein "Organisationskomitee Köln".
Die Haltung der vorgenannten trotzkistischen Organisationen zum Terrorismus kann - trotz gradueller Unterschiede - mit dem Begriff "Kritische Solidarität" gekennzeichnet werden.

Sozialistische Arbeiter-Gruppe (SAG)

Sie steht zwar ideologisch in der Tradition des Trotzismus, lehnt aber alle derzeitigen internationalen trotzkistischen Richtungen und deren deutsche Sektionen strikt ab. Ihr Ziel ist die Diktatur des Proletariats. Sie fordert die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und bezeichnet als Vorläufer des von ihr erstrebten "Arbeiterstaates" die Pariser Kommune von 1871 und die Sowjetunion bis Ende der zwanziger Jahre.

Zentrale: Frankfurt/Main

Mitglieder: Funktionsgruppen in 5 Großstädten, darunter in NW eine in Köln

Zentralorgan: "Klassenkampf"; Frankfurt/Main.

2.7 Europäische Arbeiterpartei (EAP)

Eine linksextremistische Organisation besonderer Art ist die "Europäische Arbeiterpartei" (EAP). Sie gehört über die "European Labor Committees" (ELC) zur internationalen Labor Committee-Organisation, die ihren Ausgangspunkt und ihre Zentrale in den USA hat.

Die EAP/ELC kämpfen, wie sich ihren weithin verworrenen politischen Konzepten entnehmen läßt, für eine nicht näher beschriebene kommunistische Gesellschaftsordnung, und sie sehen in den "Rockefellers" die Hauptfeinde der Menschheit, die mit ihren "Agenten", darunter CIA, multinationale Konzerne, Maoisten, "rechte Sozialdemokraten", eine faschistische Weltdiktatur errichten wollen. Die EAP/ELC verfügen über eine zwar sehr kleine, aber äußerst aktive Anhängerschaft, die mit einem technisch gut ausgerüsteten und aufwendigen Kommunikationssystem vor allem die Verbindung zur Zentrale hält. Zentralorgan ist die "Neue Solidarität" in Nordrhein-Westfalen sind vier Kontaktstellen bekannt.

3 Situation an den Hochschulen

3.1 Allgemeine Lage

Die Protestaktionen des Sommersemesters 1977 waren bestimmt durch sachlich begründete Probleme und Ängste, durch die Sorge um eine gesicherte Existenz nach dem Studium usw.

Seit der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback zeichnet sich aber daneben im Zusammenhang mit der "Mescalero"-Erklärung des Göttinger AStA auch eine Tendenz ab, die deutlich wieder an die Ziele der Protestaktionen von 1970 anknüpft: der Staat wird schlechthin als Unrechtsstaat empfunden; Widerstand gegen ihn wird als legitim und notwendig hingestellt.

Nach den Protestaktionen im Sommersemester 1977, den Vorgängen um die "Mescalero"-Veröffentlichungen sowie verschiedentlichen Ankündigungen über einen "heißen Herbst" waren erhebliche Stör- und Gewaltaktionen an den Hochschulen des Landes im Wintersemester 1977/78 nicht auszuschließen, insbesondere im Zusammenhang mit dem von den VDS angekündigten bundesweiten Vorlesungs-Boycott in der Zeit vom 28.11. -10.12.1977.

Diesem Boycott-Aufruf, der sich wie die Protestaktionen des vergangenen Sommersemesters im wesentlichen gegen das Hochschulrahmengesetz und dessen Umsetzung in Landeshochschulgesetze richtete und darüber hinaus Einzelfragen, wie Ordnungsrecht, Regelstudienzeit, verfaßte Studentenschaften bzw. BAföG zum Gegenstand hatte, ist im Ergebnis die von den Initiatoren erhoffte Breitenwirkung versagt geblieben.

Abgesehen davon, daß sich an den Urabstimmungen und Vollversammlungen an den einzelnen Hochschulen selten mehr als 30% (Befürworter wie Gegner) beteiligten, wobei sich Studentenorganisationen wie der RCDS und der SLH von vornherein gegen Boycott-Maßnahmen ausgesprochen hatten, kam es lediglich in wenigen Bereichen (z. B. Psychologie, Soziologie, Philosophie, Mathematik und Sprachwissenschaften) an einigen Hochschulen zu nennenswerten Vorlesungsausfällen und Störungen, die zum Teil durch örtliche Verlagerung der Veranstaltungen vermieden werden konnten. Auch zum Teil spektakulär angekündigte Veranstaltungen mit bestimmten Hochschullehrern verliefen ohne besondere Störungen.

Auch nach Abschluß der Boycott-Aktionen Anfang Dezember 1977 sind, mit Ausnahme einiger weniger Störungen, wie z. B. die Verhinderung der Rektorneuwahl an der Universität Düsseldorf, keine wesentlichen Beeinträchtigungen des Hochschulbetriebs im Wintersemester 1977/78 zu verzeichnen.

Im Vordergrund der Auseinandersetzungen standen wiederum Fragen der Studienbedingungen, der Berufsperspektiven sowie die soziale Absicherung der Studenten. Es kann angenommen werden, daß zu diesem insgesamt relativ ruhigen Verlauf auch die klaren rechtlichen Hinweise beigetragen haben, die der Minister für Wissenschaft und Forschung den Hochschulleitungen vor Beginn der Boycottmaßnahmen an die Hand gegeben hatte sowie die darauf fußenden konkreten Maßnahmen und Ankündigungen der Rektoren an den Hochschulen. Dabei hatten die Hochschulen in Wahrnehmung ihrer Autonomie letztlich unter Berücksichtigung der besonderen Umstände die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Hervorzuheben ist schließlich auch die Bereitschaft von Politikern und

Hochschulleitungen, mit den Studenten in einen konstruktiven Dialog über die sie bewegenden Fragen einzutreten.

3.2 Studentische Selbstverwaltung

Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

Die Zusammensetzung der Studentenparlamente und der Allgemeinen Studentenausschüsse zeigt ein weitgehend konstantes Bild. Die gemäßigten Studentengruppen konnten ihre Positionen behaupten, waren aber nicht in der Lage, tragfähige Mehrheiten an weiteren Hochschulen zu erreichen.

Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS)

Die VDS haben ihre Aufgaben als Dachverband der Studentenschaften im Jahre 1977 nur unvollkommen erfüllen können. Hieran waren vor allem die tiefgreifenden inneren Spannungen innerhalb des Verbandes schuld, die sich aus den für eindeutige Lösungen unzureichenden Mehrheitsverhältnissen ergaben. Erst nach mehreren Ansätzen konnte im Herbst 1977 im Wege des Kompromisses ein Vorstand gewählt werden, in dem die Organisationen MSB Spartakus, SHB, Jungsozialisten und LHV sowie die Fraktion der Basisgruppen mit je einem Sitz vertreten sind.

Anfang Januar 1978 haben die politischen Meinungsverschiedenheiten zum Bruch im Vorstand geführt. Die Hochschulgruppen der Jungsozialisten und der LHV stellten ihre Mitarbeit unter Hinweis auf die von ihnen kritisierte Politik des MSB Spartakus und der "Basisgruppen" ein.

Die Zentrale Leitung des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV), Nebenorganisation der maoistischen KPD (vgl. Seite 22), hat den Beschluß der Vertreter der Juso-Hochschulgruppen und des LHV als "demagogischen Erpressungsversuch" gegenüber den Basisgruppen bezeichnet und sich mit diesen solidarisch erklärt.

Inzwischen haben sich die am alten Vorstand beteiligten Gruppen auf der 3. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS in Lahn (Gießen) wieder auf einen gemeinsamen Vorstand geeinigt, in dem alle vertreten sind. Im übrigen haben Verlauf und Ergebnis der Mitgliederversammlung der VDS im Februar dieses Jahres sowie die vorangegangenen Beratungen deutlich gemacht, daß trotz unterschiedlicher Positionen der einzelnen Gruppierungen doch von starken Kräften innerhalb des Verbandes die Notwendigkeit erkannt wird, ein klares und überzeugendes Handlungs- und Arbeitskonzept zu erarbeiten und auf dieser Grundlage das Gespräch mit den Parteien und politischen Kräften zu suchen.

4 Verfassungsfeindliche Bestrebungen und öffentlicher Dienst

Das Verfahren bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst ist durch die von der Landesregierung beschlossenen "Vorläufigen Richtlinien über die Beurteilung von Zweifeln an der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 22. 5.1975" in einer Weise geregelt, die ein Höchstmaß an Rechtsstaatlichkeit sichert.

Vom 1. 1. bis zum 31.12.1977 sind 50.739 Anfragen für Bewerber für den öffentlichen Dienst eingegangen. In 2.699 Fällen (5,31%) lagen Erkenntnisse bei der Verfassungsschutzabteilung vor. Den Einstellungsbehörden sind jedoch nur in 226 Fällen (0,44%) Erkenntnisse, die einer Einstellung entgegenstehen könnten, mitgeteilt worden. In 34 Fällen (0,06%) sind die Bewerber nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt worden.

Die über Bewerber für den öffentlichen Dienst vorliegenden Einzelerkenntnisse betreffen insbesondere ausgebildete Pädagogen, die in den Schuldienst eingestellt werden wollen.

Dies bestätigt die Beobachtung der letzten Jahre, wonach Extremisten vornehmlich bei den Lehrberufen in den öffentlichen Dienst zu gelangen versuchen.

Der durch Kabinettsbeschuß vom 24. 9.1974 gebildeten interministeriellen Kommission sind bis zum 25.1.1978 aus den Geschäftsbereichen des Innenministers (1), Kultusministers (135), Ministers für Wissenschaft und Forschung (6) und des Justizministers (4) insgesamt 146 Fälle zur Entscheidung vorgelegt worden. Sie hat sich für eine Empfehlung zur Einstellung in 52 und zur Nichteinstellung in 76 Fällen entschieden, 13 Fälle sind zur weiteren Erledigung an die zuständigen Ressorts zurückgegeben worden. 5 Fälle sind noch nicht entschieden worden.

Unter den rd. 320.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen befinden sich 110 Personen, die links- bzw. rechtsextremen Parteien oder Organisationen zuzurechnen sind (Stand: 1. 2.1978). Sie verteilen sich auf die einzelnen Ressorts wie folgt:

Linksextremisten:		IM	FM	JM	KM	WM F	MAGS	insgesamt
Beamte	DKP	-	3	-	34	2	1	40
	sonstige	-	1	-	20	1	-	22
Beamte	gesamt	-	4	-	54	3	1	62
Angestellte	DKP	-	3	-	10	8	3	24
	sonstige	-	-	-	2	1	-	3
Beamte	gesamt	-	3	-	12	9	3	27
Linksextr.	insgesamt	-	7	-	66	12	4	89

Rechtsextremisten:		IM	FM	JM	KM	WM F	MAGS	insgesamt
Beamte	DKP	1	2	4	6	1	-	14
	sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Beamte	gesamt	1	2	4	6	1	-	14
Angestellte	DKP	-	-	1	4	1	1	7
	sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Beamte	gesamt	-	-	1	42	1	1	7
Linksextr.	insgesamt	1	2	5	10	2	1	21

5 Ausländer

5.1 Entwicklungstendenzen

Die Zahl der im Bundesgebiet und in Berlin (West) wohnenden Ausländer betrug Ende 1977 3.950.000 Personen. Davon lebten rund 1,2 Millionen in Nordrhein-Westfalen. Diese Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Die Türken, deren Stärke im Gegensatz zu anderen Ausländergruppen in Nordrhein-Westfalen auf rund 393.000 (Vorjahr: rund 372.000) Personen anstieg, nehmen unter den Ausländern weiterhin die erste Stelle ein. Ihnen folgen die Italiener (rund 157.500), Jugoslawen (rund 143.500), Griechen (rund 114.000), Spanier (rund 74.500) und Portugiesen (rund 50.000); der Rest setzt sich aus Ausländern anderer Nationalitäten (darunter etwa 32.500 Staatsangehörige arabischer Länder) zusammen. Innerhalb dieser Bevölkerungsteile Nordrhein-Westfalens hat sich die Tätigkeit extremistischer Gruppen auch im Jahre 1977 fortgesetzt. Die politische Agitation dieser Vereinigungen reichte von Flugblattaktionen über Solidaritätsveranstaltungen und Demonstrationen bis hin zu Gewaltaktionen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung, der Bestand und die Sicherheit unseres Landes waren hierdurch jedoch nicht gefährdet.

5.2 Spanier, Portugiesen, Italiener und Griechen

Unter den in Nordrhein-Westfalen lebenden Gastarbeitern aus Spanien, Portugal, Italien und Griechenland suchten auch 1977 insbesondere die traditionellen kommunistischen Parteien dieser Länder weiteren Einfluß zu gewinnen. Dabei ist ihr Bemühen auch auf Unterwanderung der zahlreichen ausländischen Freizeit- und Kulturklubs gerichtet.

5.3 Jugoslawen

Bei den extremistischen Jugoslawen in Nordrhein-Westfalen wie im Bundesgebiet handelt es sich in erster Linie um nationalistische kroatische Emigrantengruppen. Anders als in den vergangenen Jahren verübten diese 1977 jedoch keine Gewalttaten.

Am 9. November 1977 verurteilte das Schwurgericht beim Landgericht Düsseldorf nach 19 Verhandlungstagen zwei Kroaten wegen im Jahre 1976 versuchten gemeinschaftlichen Mordes zum Nachteil des ehemaligen jugoslawischen Vizekonsuls Vladimir Topic zu 10 Jahren und 3 Monaten bzw. zu 9 Jahren Freiheitsstrafe.

5.4 Türken

Allgemeines

Die Zahl der als extremistisch einzuschätzenden Türken liegt in Nordrhein-Westfalen bei rund 3.000. Hiervon ist etwa die Hälfte dem rechtsextremistischen bzw. nationalistischen, der andere Teil dem linksextremistischen Bereich zuzurechnen. Nach Schätzungen teilen sich die linksextremistischen Türken je zur Hälfte in orthodoxe Kommunisten und in Maoisten. Von den letzten sind etwa 100 Türken in terroristischen bzw. zu Gewalt neigenden Vereinigungen organisiert. Den größten Einfluß besitzen die orthodoxkommunistischen Türken.

Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)

Die MHP darf sich nach einem Beschluß des türkischen Verfassungsgerichts von 1976 im Ausland (und damit auch im Bundesgebiet) nicht organisieren.

Sicherheitsgefährdende Aktivitäten von MHP-Anhängern waren auch 1977 in Nordrhein-Westfalen nicht zu verzeichnen. Mitglieder oder Sympathisanten der MHP sammelten sich weiterhin in sog. Ideal- und Kulturvereinen, deren Lokale am Symbol des "Grauen Wolfs" (Fabeltier der türkischen Mythologie) erkennbar sind. Diese Vereine vertreten - wie die MHP - ausgeprägt nationalistische und antikommunistische Ziele. Beweise dafür, daß gewalttätige Auseinandersetzungen mit türkischen Gastarbeitern entgegengesetzter politischer Anschauung angestrebt werden, liegen bisher nicht vor.

Es ist verschiedentlich die Befürchtung geäußert worden, daß von türkischen Eltern privat verpflichtete Koranlehrer sich in ihren Kursen (sog. Koranschulen) verfassungsfeindlich betätigen oder von der MHP dazu benutzt würden, die türkischen Gastarbeiterkinder politisch zu beeinflussen. Diese Angaben konnten aber bisher nicht belegt werden.

Orthodox-kommunistische Türken

Während des türkischen Arbeiterkongresses am 26./27. Februar 1977 ist die "Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (FIDEF) gegründet worden, die unter orthodox-kommunistischem Einfluß steht. Ihr Sitz ist Düsseldorf. Sie versteht sich als "Massenorganisation der Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin". Mittlerweile hat sie sich zum größten türkischen Dachverband im Bundesgebiet entwickelt. Nach bisherigen Erkenntnissen verfügt die FIDEF über 66 Mitgliedervereine türkischer Arbeiter im Bundesgebiet, davon 18 Vereine in Nordrhein-Westfalen. Sie gibt als Organe die "Almanya Postasi" (Deutschland Post) und die deutschsprachige Monatsschrift "FIDEF" heraus.

Am 2. April 1977 fand in Dortmund eine Veranstaltung des orthodox-kommunistischen "Türkischen Europa-Komitees für Frieden und Freiheit" (TBÖK) statt. Dort wurden sechs Türken festgenommen, weil sie in tätliche Auseinandersetzungen mit den Ordnern geraten waren und dabei Schlagstöcke aus Kupferstahl benutzt hatten.

Ab Mitte Januar 1978 wurden in mehreren nordrhein-westfälischen Städten (Köln, Düsseldorf, Herne, Gelsenkirchen, Bochum und Wuppertal) ungenehmigt Plakate geklebt, die zu einer Gedenkwoche vom 21. bis 28. Januar 1978 für 15 am 28. Januar 1921 "von der Bourgeoisie ermordete" Gründer der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) aufriefen. Die türkischen Plakatkleber wurden zumeist von der Polizei auf frischer Tat angetroffen; gegen sie sind Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. - Zum Abschluß der angekündigten Gedenkwoche fand am 28. Januar 1978 in der Aula der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Essen eine Gedenkfeier statt. An ihr nahmen weit über 500 Personen - überwiegend Türken - teil, darunter auch deutsche Kommunisten.

Türkische Maoisten

Gegen die Festnahme (anlässlich der TBÖK-Veranstaltung am 2. April 1977 in Dortmund; s. o.) und die drohende Abschiebung ihrer Landsleute demonstrierten am 2. Juli 1977 etwa 500 Türken in der Dortmunder Innenstadt zusammen mit rund 60 Anhängern der KPD und KPD/ML. Zu dem Protestmarsch hatten - neben

deutschen kommunistischen Gruppen - vorwiegend die türkischen maoistischen Dachverbände "Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V." (ATIF) mit Sitz in Duisburg, die "Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V." (ATÖF; Sitz in München) sowie die "Konföderation Iranischer Studenten - National-Union" aufgerufen. Die ATIF verfügt inzwischen über sechs Mitgliedervereine in Nordrhein-Westfalen.

Gespräche zwischen der maoistischen "Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIKP), die in der Bundesrepublik Deutschland einige Zellen unterhält, und der KPD gegen Ende des Jahres 1977 führten zu einer "Gemeinsamen Erklärung der TIKP und der KPD". Sie ist abgedruckt im Zentralorgan der KPD "Rote Fahne" Nr. 51/52 vom 21. Dezember 1977; darin heißt es: "Die TIKP unterstützt den Kampf der KPD für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland".

Außer den genannten maoistischen türkischen Vereinigungen waren 1977 in Nordrhein-Westfalen die "Volksbefreiungsarmee der Türkei" (THKO), die "Türkische Kommunistische Partei - Marxisten-Leninisten" (TKP/ML) und deren Frontorganisation, die "Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee" (TIKKO) weiterhin konspirativ tätig.

Am 25. Januar 1978 verbreiteten ATIF und ATÖF in Wuppertal Plakate in deutscher und türkischer Sprache mit folgendem Aufruf: "MHP-Vereine und alle Faschistennester müssen geschlossen werden. Die faschistischen Angreifer müssen bestraft werden. Landsleute, der herrschende Druck muß beendet und sämtliche politischen Gefangenen freigelassen werden!"

5.5 Palästinenser

Konspirativ arbeitende palästinensische Widerstandsgruppen versuchten 1977 weiterhin, auch in Nordrhein-Westfalen, an Einfluß zu gewinnen. Das gilt z. B. für die maoistisch-terroristische "Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP). Als Teil der sogenannten "Ablehnungsfront" lehnt sie eine politische Lösung der Palästinafrage schlechthin ab. Demgegenüber versucht der inoffizielle Repräsentant der "Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO) in Bonn, Dr. Al Frangi, die Palästinenser in der Bundesrepublik Deutschland für die Politik seiner Organisation zu gewinnen. Auf dem "ZU-Volksfest", das die DKP vom 1. bis 3. Juli 1977 in Recklinghausen veranstaltete, war die PLO mit einem Informationsstand vertreten.

5.6 Iraner

Die Anhänger der "Konföderation Iranischer Studenten - National-Union" (CISNU) und der ihr angeschlossenen "Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin" (FIS) führten ihre heftige Agitation gegen die Schahregierung in Persien 1977 fort. CISNU und FIS, die beide ihren Sitz in Frankfurt am Main haben, unterhalten in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens Zweiggruppen.

Am 12. November 1977 demonstrierte in Bonn die islamisch-marxistische Gruppierung "Union der islamischen Studenten" (UISA) mit ca. 200 Teilnehmern. Mit Flugblättern und Transparenten wandte sie sich gegen die Regierung des Iran und gegen den iranischen Geheimdienst SAVAK.

5.7 Afghanen

Die maoistisch ausgerichtete Gruppierung "Afghanischer Studentenverein Aachen" - Zweiggruppe des sozialrevolutionären Dachverbandes "Generalunion der Afghanischen Studenten im Ausland" - veranstaltete am 15. Dezember 1977 in Aachen einen Demonstrationzug mit abschließender Kundgebung unter dem Motto "Politische Gefangene in Afghanistan". Es nahmen etwa 60 Personen, meist Ausländer, teil. Bereits Ende November 1977 hatte der "Afghanische Studentenverein Münster" in einer Flugblattaktion in Münster gegen die politischen Verhältnisse in Afghanistan protestiert.

5.8 Chilenen

Am 4. Januar 1978 versammelten sich etwa 40 Exil-Chilenen unangemeldet vor der Chilenischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg. Sie wollten dort ihre Stimme für die am selben Tag in Chile stattfindende Volksbefragung abgeben. Nachdem der Botschafter darauf hingewiesen hatte, daß nach der chilenischen Verfassung nur die im Heimatland wohnenden Chilenen an der Abstimmung teilnehmen könnten, wollte man solange vor der Botschaft demonstrieren, bis man abstimmen dürfe. Nach Aufforderung durch die Polizei löste sich die Demonstration jedoch nach einer Stunde wieder auf.

6 Terrorismus

6.1 Allgemeines

Das Jahr 1977 ist gekennzeichnet durch zahlreiche, in ihrer Brutalität sich steigernde Gewaltverbrechen, die von Terroristen begangen wurden mit dem Ziel, Verfassungsorgane zu erpressen, die Repräsentanten der freiheitlich-demokratischen Staats- und Wirtschaftsordnung zu verunsichern und unseren demokratischen Rechtsstaat zu zerstören. In dieser Phase terroristischer Bestrebungen, die im Mord- und Entführungsfall Schleyer ihren bisherigen Höhepunkt erreicht haben, tritt die ideologische Motivation noch weiter hinter methodischen Anleitungen sowie Planung und Durchführung von Verbrechen zurück.

6.2 RAF-Nachfolgegruppen

In ihrer zeitlichen Folge seien hier die schwersten Mordtaten und Gewaltverbrechen aufgeführt:

07.04.1977

Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinem Fahrer Wolfgang Göbel. Ein weiterer Begleiter Bubacks, Georg Wurster, wird bei dem Mordanschlag schwerverletzt und stirbt in der Nacht zum 13. 4.1977.

30.07.1977

Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, wird von Terroristen bei dem Versuch, ihn zu entführen, durch Schüsse schwer verletzt und stirbt kurze Zeit später.

25.08.1977

Erfolgloser Versuch eines Raketenanschlags auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft.

05.09.1977

Bei der Entführung des Präsidenten des Bdl und des BdA, Dr Hanns Martin Schleyer, in Köln werden sein Fahrer Heinz Marcisz und die ihn begleitenden Polizeibeamten Reinhold Brändle, Roland Pieler und Helmut Ulmer ermordet. Die Entführer fordern im Austausch gegen Dr. Schleyer die Freilassung von 11 inhaftierten Terroristen.

13.10.1977

Entführung eines Lufthansa-Flugzeuges auf dem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt/Main. Die Entführer des Flugzeuges fordern u. a. ebenfalls die Freilassung der 11 inhaftierten Terroristen, die gegen Dr. Schleyer ausgetauscht werden sollen. Der Flugkapitän wird im Verlauf der Entführung erschossen. Einer Sondereinheit des Bundesgrenzschutzes gelingt es, am 18.10.1977 die Geiseln in dem Lufthansa-Flugzeug "Landshut" in Mogadischu/Somalia zu befreien.

19.10.1977

Die Leiche Dr. Schleyers wird in Mülhausen/ Elsaß im Kofferraum eines Autos aufgefunden.

Zu den genannten Gewalttaten haben sich -ausgenommen die Flugzeugentführung -die RAF bzw. Kommandos der RAF bekannt.

Tatverdächtig im Zusammenhang mit den aufgeführten Gewalttaten sind Personen, die sich vor ihrem Verbergen im Untergrund im süddeutschen bzw. Hamburger Raum aufgehalten haben.

Für die erwähnten Gewalttaten nahmen Terroristen folgende Vorbereitungshandlungen in Nordrhein-Westfalen vor:

- a) Anmietung des beim Mord an GBA Buback benutzten Motorrades in Düsseldorf, vermutlich durch Günther Sonnenberg.
- b) Diebstahl zweier Kraftfahrzeuge in Düsseldorf und Köln, Kauf von drei Kraftfahrzeugen im Kölner Raum sowie Anmietung dreier konspirativer Wohnungen in Köln bzw. Erftstadt-Liblar im Zusammenhang mit dem Mord- und Entführungsfall Dr. Schleyer. Die Wohnungen wurden vermutlich von Adelheid Schulz, Friederike Krabbe und Monika Helbing gemietet

6.3 Revolutionäre Zellen

Neben der "Roten Armee-Fraktion" (RAF) bzw. deren Nachfolgegruppen haben die "Revolutionären Zellen" (RZ) 1977 wiederum zahlreiche Gewaltakte verübt. In Nordrhein-Westfalen haben sich "Revolutionäre Zellen" zu folgenden Taten bekannt:

04.01.1977

Versuchte Brandanschläge auf zwei Kinos in Aachen und in Düsseldorf, in denen der Film "Unternehmen Entebbe" aufgeführt wurde.

16.02.1977

Brandanschlag in Düsseldorf auf den Pkw, der von einem Pflichtverteidiger des im Stockholm-Prozeß angeklagten Karl Heinz Dellwo benutzt wurde. Im Mai 1977 erschien, wie bereits im Mai 1975 und 1976, der "Revolutionäre Zorn"-Zeitung der Revolutionären Zellen -, wobei in dieser Ausgabe die Gruppenbezeichnung im Untertitel erstmals im Plural gebraucht wird. Die Schrift enthält neben dem Bekenntnis zu Gewalttaten, die 1976 verübt wurden, die Anleitung zum Bau eines Zeitzünders sowie zur Beschädigung von Fahrscheinentwertern in öffentlichen Nahverkehrsmitteln.

6.4 Logistik

Wie bereits im Zusammenhang mit dem Mord an GBA Buback und dem Mord- und Entführungsfall Dr. Schleyer erwähnt, sind Terroristen auch im Bereich der Logistik im Land Nordrhein-Westfalen tätig geworden. Bei acht Raubüberfällen auf Geldinstitute, bei denen die Tatumstände auf die Täterschaft von Terroristen deuten, wurden

- ca. 1,3 Millionen DM und
- ca. 140.000,- DM in Devisen verschiedenster Währung erbeutet.

Bei vier Einbrüchen in die Amtsräume von Meldebehörden wurden

- ca. 280 Personalpapiere, z. T. Blankovordrucke,
- 18 Siegel bzw. Stempel sowie
- 1 Paßbilddoppelrastergerät zum fälschungssicheren Einarbeiten von Lichtbildern in Ausweisformulare entwendet.

6.5 Terroristisches Umfeld

Im Berichtszeitraum sind auch wieder mehrere Personen durch ihre Kontakte zu inhaftierten Terroristen in Erscheinung getreten. Diese Kontakte dienten nicht etwa nur der sozialen Betreuung, sondern in erster Linie dem Austausch von Informationen.

Dieser Informationsaustausch ist auch wesentliche Funktion von "Knast Infos", die in Nordrhein-Westfalen periodisch erscheinen. Darüber hinaus wird in diesen Schriften in polemischer Form auf Terroristenprozesse und die Haftbedingungen inhaftierter Terroristen eingegangen.

Andere Schriften, wie z. B., die "Dokumentation", "Der bürgerliche Friede ist bewaffneter Friede", die von einem "Kampfkomitee gegen die Repression" in Münster herausgegeben wurden, geben Hinweise auf Arbeitsmethoden der Sicherheitsbehörden sowie Anleitungen zu konspirativem Verhalten.

6.6 Politisch motivierte Gewalttaten

Ausgeführte Gewalttaten

Im Berichtszeitraum (1. 1. 1977 bis 31.1.1978) wurden im Bereich der Staatsschutzkriminalität 67 versuchte bzw. vollendete Gewalttaten registriert; davon 3 Fälle im Monat Januar 1978 (1976: 25 Fälle).

Herausragende Fälle waren (neben den auf Seite 42 u. 43 bereits genannten):

03./04.01.1977

Brandanschläge auf das Rathaus und ein Möbelgeschäft in Hamm durch Linksextremisten

15.02.1977

Banküberfall auf die Zweigstelle der Nationalbank in Essen

27.02.1977

Schwere Körperverletzung mit Todesfolge anlässlich von Auseinandersetzungen bei einer öffentlichen Versammlung türkischer Gastarbeiter in Köln

12.04.1977

Banküberfall auf die Zweigstelle der Dresdner Bank in Köln

15.04.1977

Banküberfall auf die Zweigstelle der Deutschen Bank in Düsseldorf

28./29.04.1977

Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Bundesärztekammer in Köln; zum Anschlag bekannten sich in verschiedenen Bekenner schreiben ein "Kommando Petra Schelm" und eine Frauenvereinigung "Rote Zora"

19.05.1977

Banküberfall auf die Zweigstelle der Deutschen Bank in Köln

04.07.1977

Banküberfall auf die Zweigstelle der Dresdner Bank in Düsseldorf

03.08.1977

Banküberfall auf die Nationalbank in Essen

21.09.1977

Raubüberfall auf die Raiffeisenbank in Aachen durch drei Gewalttäter, die mit einer Schnellfeuerwaffe und einem Revolver bewaffnet waren. Beute: ca. 115.000,- DM.

21.09.1977

Raubüberfall auf die Zweigstelle der Deutschen Bank in Hagen-Emst durch zwei maskierte Täter, die mit einer Maschinenpistole und einer Pistole bewaffnet waren. Beute: über 62.000,- DM.

27.11.1977

Brandanschlag auf die Geschäftsstelle der IG Bergbau und Energie in Dortmund im Hause Kronprinzenstraße 95. Bei einem im gleichen Hause untergebrachten Textilgeschäft entstand ein Schaden in Höhe von 200.000,- DM.

23.12.1977

Brandanschlag auf das Bundesamt für den Zivildienst in Köln. Die in den Aktenraum geschleuderten beiden Brandflaschen richteten nur geringen Sachschaden an, da der ausgebrochene Brand nach kurzer Zeit gelöscht werden konnte.

02.01.1978

Versuchter Sprengstoffanschlag auf die ägyptische Botschaft in Bonn-Bad Godesberg. Der Sprengsatz konnte zwei Minuten vor der eingestellten Zündzeit entschärft werden.

Aufgrund der festgestellten Tatzusammenhänge dürften für die Banküberfälle terroristische Gewalttäter in Frage kommen.

Angedrohte Gewalttaten

Vom 1. 1. 1977 bis 31. 1.1978 wurden 373 Gewalttaten, bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde, angedroht (1976: 337). In 138 Fällen handelte es sich um sog. Bombendrohungen, die sich vorwiegend gegen öffentliche Gebäude und Einrichtungen richteten.

Die Bedrohungen (235 Fälle) richteten sich überwiegend gegen Politiker und führende Personen aus dem Bereich der Wirtschaft. In den Monaten September und Oktober 1977 war eine Häufung dieser Delikte festzustellen. Im Monat Januar 1978 wurden nur 13 der insgesamt 373 Fälle gezählt. Die Täter gaben sich in der Mehrzahl als Angehörige der "RAF", des "Kommandos Hausner", des "Kommandos Holger Meins" usw. aus und wurden offenbar zu einem erheblichen Teil durch die Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Entführung Dr. Schleyers, der Flugzeugentführung und Befreiung sowie der Vorfälle im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim zu ihren Taten angeregt.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Zunahme der Bedrohungen durch Täter aus dem rechtsextremen Bereich (z. B. "Deutsche Liga für Recht und Ordnung", "Die Deutsche Wacht", "Geheimbund zum Schutz der Demokratie" usw.).

7 Spionageabwehr

- Wie in den früheren Jahren so ist auch 1977 innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das Land Nordrhein-Westfalen bevorzugtes Ziel der Spionageaktivitäten kommunistischer Staaten gewesen.
Die Zahl der erkannten Spionageaufträge ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als das 1 1/2fache gestiegen. Hieraus läßt sich jedoch keine außergewöhnliche Zunahme der Aktivität gegnerischer Nachrichtendienste herleiten. Die höhere Zahl der erkannten Spionageaufträge ist vielmehr auf die umfassende Auswertung des Spionagefalles Berger (Zielrichtung Auswärtiges Amt) zurückzuführen.
- Was die geheimdienstlichen Auftraggeber angeht, so stehen unverändert die Nachrichtendienste der DDR im Vordergrund, deren Anteil sich auf rund 90% beläuft. Die übrigen Auftraggeber waren die Nachrichtendienste anderer kommunistischer Staaten, wie vor allem Polens, aber auch der UdSSR, Rumäniens, Ungarns und der CSSR. Die übrigen Ostblockstaaten sind dagegen kaum in Erscheinung getreten.
- Das Schwergewicht der gegnerischen Aufträge lag zum einen mit etwa 64% bei der politischen Spionage - Ziele waren insbesondere
 - Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes, des Landes und der Kommunen,
 - Politische Parteien,
 - Universitäten und andere wissenschaftliche Einrichtungen-,zum anderen mit 21,4% bei der militärischen Spionage. Etwa 8% der erkannten Aufträge richteten sich gegen die gewerbliche Wirtschaft.
- Die geographische Zielrichtung der Spionagebedrohung lag einmal auf der Linie Bonn, Köln, Mönchengladbach (Natohauptquartier), Düsseldorf und zum weiteren im Ruhrgebiet und im Münsterland.
- Der überwiegende Teil der von kommunistischen Nachrichtendiensten zur Spionagetätigkeit aufgeforderten Personen wohnte zur Zeit der Werbung in unserem Lande. Insgesamt sind aber nur einige der Personen, die nach den vorhandenen Erkenntnissen angesprochen worden sind, für die kommunistischen Nachrichtendienste auch tätig geworden. Die meisten der Angesprochenen lehnten eine Spionagetätigkeit von vornherein ab. Ihr Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahre erhöht. Diese Tatsache dürfte nicht zuletzt auf die verstärkte vorbeugende Aufklärung staatlicher Stellen und auf die breitere Berichterstattung über einige spektakuläre Spionagefälle zurückzuführen sein.
Weitaus die meisten der nachrichtendienstlich angesprochenen Bewohner Nordrhein-Westfalens wurden im kommunistischen Machtbereich "kontaktiert". Reisen jeder Art dienten hier als Anlaß. Sonst erfolgte die Anbahnung überwiegend brieflich, eine Werbungs-methode, die fast ausschließlich von DDR-Nachrichtendiensten angewandt wird. Im Berichtsjahr werteten diese Dienste auf dem Hintergrund der angespannten Arbeitsmarktlage offenbar

systematisch Stellengesuche in Zeitungen und Fachzeitschriften für ihre Zwecke aus; denn bei vielen der brieflichen Anbahnungen war Anknüpfungspunkt die Aufgabe eines Inserats in den in unserem Land stark verbreiteten Tageszeitungen. In den ihm geeignet erscheinenden Fällen schreibt der Nachrichtendienst den Inserenten an und "segelt dabei unter falscher Flagge", wie z. B. überbetriebliche Forschungsgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft für prognostische Forschung, Ingenieurbüro Lorenz. Bei den Personen aus der DDR und dem übrigen kommunistischen Machtbereich waren zumeist Anträge auf Aussiedlung Anlaß der nachrichtendienstlichen Ansprache. Daneben dienten vor allem familiäre Bindungen in den Westen und Reisen in die Bundesrepublik zur Kontaktierung.

- Seit etwa 1971 ist in Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder eine Form der Abwehr entwickelt worden, die es häufig gestattet, eine Enttarnung der betreffenden Personen schon vor Aufnahme ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu erreichen.

Mit rund 50% aller im Bundesgebiet nach dieser Methode erkannten Einschleusungsfälle ist Nordrhein-Westfalen mit Abstand am stärksten betroffen. Nach Vorermittlungen der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder wurden bis Ende 1977 18 geheime Mitarbeiter, vermutlich des Ministeriums für Staatssicherheit, festgenommen. Davon waren acht in Nordrhein-Westfalen tätig. In nahezu allen Fällen täuschten die Agenten mit Hilfe falscher Papiere über ihre Person und Herkunft. Diese Festnahmeaktionen haben das Ministerium für Staatssicherheit verunsichert und führten dazu, daß sich zahlreiche weitere geheime Mitarbeiter -davon der überwiegende Teil aus Nordrhein-Westfalen - fluchtartig in die DDR absetzten.

- Die Benutzung amtlicher und halbamtlicher Vertretungen im Ausland als nachrichtendienstliche Stützpunkte - sogenannte "Legale Residenturen" - gehört auch weiterhin zu den klassischen Methoden der Geheimdienste. Diese Residenturen sind getarnt in den Vertretungen ihrer Staaten untergebracht und verfolgen neben ihren offiziellen Aufgaben nachrichtendienstliche Ziele. Sie beschaffen ihre Informationen durch das Sammeln offener Meldungen, durch das "Abschöpfen" ihrer oft gutgläubigen Gesprächspartner, durch den Versuch einer Einflußnahme oder Desinformation von Einzelpersonen und staatlichen sowie halbstaatlichen Einrichtungen der Bundesrepublik und nicht zuletzt durch konspirative Arbeit mit geheimdienstlichen Mitteln.
- Im Zuge der Abschiebung von Häftlingen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland wurden in der Zeit vom 1.1.-20.12.1977 238 Personen nach Nordrhein-Westfalen eingewiesen (1976: 255 und 1975: 268). Diese Personen waren in der DDR überwiegend wegen versuchter Republikflucht zu Haftstrafen verurteilt und wurden aufgrund materieller Gegenleistungen der Bundesregierung vorzeitig aus der Haft entlassen.
In einigen Fällen sind die Entlassenen während ihrer Haft vom Ministerium für Staatssicherheit kontaktiert und zu Spitzeldiensten innerhalb der Haftanstalten gezwungen worden.
- Im Jahre 1977 wurden in Nordrhein-Westfalen 23 Personen wegen

Landesverrats, geheimdienstlicher Tätigkeit oder sicherheitsgefährdenden Nachrichtendienstes verurteilt (1976 waren es elf, 1975 sieben).

8 Maßnahmen im Bereich des Justizministers

8.1 Entwicklungstendenz

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind in den letzten Jahren - mit besonderem Schwergewicht im Jahr 1977 - in erheblichem Ausmaße mit Verfahren befaßt worden, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren.

8.2 Terrorismus

Terroristische Aktionen im In- und Ausland haben auch im Lande Nordrhein-Westfalen zu Strafverfahren geführt. Für die Aburteilung der schwereren terroristischen Gewaltkriminalität ist im Lande Nordrhein-Westfalen nach § 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) das Oberlandesgericht Düsseldorf zuständig, das insoweit jedoch Gerichtsbarkeit des Bundes ausübt (Artikel 96 Abs. 5 des Grundgesetzes). Die Ermittlungen und die Anklagevertretung in derartigen Fällen - z. B. im Verfahren gegen die Teilnehmer an dem Überfall auf die Deutsche Botschaft in Stockholm - obliegen dem Generalbundesanwalt (§ 142 a GVG).

Im Berichtszeitraum sind jedoch auch einige Strafverfahren anhängig geworden, in denen kraft Gesetzes oder auf Grund der dem Generalbundesanwalt vom Gesetz eingeräumten Möglichkeit zur Abgabe bestimmter Verfahren die Staatsanwaltschaften des Landes zuständig sind und die Gerichte Gerichtsbarkeit des Landes ausüben (§ 142a Abs. 2, 4, §§ 74 a, 120 GVG)

Hervorzuheben sind im einzelnen folgende Verfahren:

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf ist zur Zeit das Strafverfahren gegen zwei Personen wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten anhängig. Die Angeklagten sollen als Mitglieder der Vereinigung "Revolutionäre Zellen" folgende Straftaten geplant und zum Teil durchgeführt haben: Geiselnahme eines Politikers; Verhinderung der Aufführung des Spielfilms "Unternehmen Entebbe" durch das Zünden von Spreng-Brandsätzen in Lichtspieltheatern; Beschaffung von Geldmitteln durch erpresserischen Menschenraub, Raub u. a.; Beschaffung und Fälschung von Ausweisen, Dienststempeln u. a. zur Vorbereitung einer Untergrundexistenz. Die seit Januar 1978 dauernde Hauptverhandlung ist noch nicht abgeschlossen.

Gegen ein weiteres Mitglied der Vereinigung "Revolutionäre Zellen" hat der Generalstaatsanwalt in Düsseldorf im Mai 1978 Anklage wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben. Dem Angeschuldigten wird ebenfalls Planung und Durchführung von Straftaten der vorerwähnten Art zur Last gelegt. Das Gericht hat über die Eröffnung des Hauptverfahrens noch nicht entschieden.

Bei dem Verteidiger des vorgenannten Angeschuldigten wurde anlässlich des Besuchs seines Mandanten in der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf eine sogenannte Löschtafel gefunden, die er in der Unterhose versteckt bei sich trug. In dem daraufhin vom Generalstaatsanwalt in Düsseldorf wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und anderer

Straftaten eingeleiteten Verfahren dauern die Ermittlungen an. Bei dem Generalstaatsanwalt in Düsseldorf sind ferner mehrere noch nicht abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Vergehens nach § 129a StGB und anderer Straftaten gegen Personen anhängig, die Parolen der terroristischen Vereinigung "Rote Armee-Fraktion (RAF)" angebracht haben und an die Broschüren versandt worden sind, in denen unter Bezugnahme auf terroristische Gewalttaten der Vergangenheit zur Vorbereitung und Durchführung weiterer Straftaten dieser Art aufgerufen wird.

8.3 Demonstrationsstraftaten

Einen breiten Raum in der staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Praxis haben die Verfahren wegen solcher Straftaten beansprucht, die durch Demonstrationen oder im Zusammenhang mit solchen begangen worden sind. In der nachfolgenden Übersicht sind dabei sowohl Vorkommnisse erfaßt, die aus rechts- wie auch solche, die aus linksextremistischen Aktivitäten herrühren. Zu strafrechtlich relevanten Übergriffen bei Versammlungen der genannten Art kann es nämlich von verschiedenen Seiten kommen. Die Übergriffe können sowohl Ausschreitungen der Teilnehmer einer - erlaubten oder verbotenen - Veranstaltung selbst sein (Demolierung von Einrichtungen, Angriffe gegen Unbeteiligte o. a.) oder von Außenstehenden gegen die Teilnehmer begangen werden (Tätlichkeiten, Beleidigungen o. a.), aber auch von Mitgliedern einer Gegendemonstration ausgehen oder sich anlässlich von Polizeieinsätzen zur Trennung der in die Auseinandersetzung verwickelten Personen oder Gruppen ereignen (z. B. in Gestalt von Widerstandsleistungen).

Zeitraum vom 1. 1. bis zum 31.12.1977:

Wegen Straftaten, die durch Demonstrationen oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind, sind in der Zeit vom 1. 1. 1977 bis zum 31.12.1977 794 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen 1.373 namentlich bekannte sowie gegen weitere nicht bekannte Personen eingeleitet worden. 57 Verfahren haben im Hochschulbereich begangene Straftaten zum Gegenstand. In der Zeit vom 1. 1. 1977 bis zum 31. 12.1977 haben 723 Verfahren wegen Straftaten, die seit dem 1. 1. 1970 durch Demonstrationen oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind, ihren Abschluß gefunden, und zwar

- 474 Verfahren durch Einstellung oder Absehen von der Verfolgung,
- 136 Verfahren durch rechtskräftige Urteile gegen 205 Angeklagte,
- 27 Verfahren durch rechtskräftige Strafbefehle gegen 37 Beschuldigte,
- 86 Verfahren durch Verbindung mit anderen Verfahren oder durch Abgabe an andere Staatsanwaltschaften.

Am 31.12.1977 waren wegen Straftaten, die seit dem 1. 1. 1970 begangen worden sind, noch 523 Verfahren gegen 1.015 namentlich bekannte Personen anhängig. In 337 dieser Verfahren ist gegen 623 Personen Anklage erhoben oder der Erlaß eines Strafbefehls beantragt worden. Die übrigen Verfahren befinden sich noch im Ermittlungsstadium.

Zeitraum vom 1. 1. 1978 bis zum 14.2.1978:

Wegen Straftaten, die durch Demonstrationen oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind, sind in der Zeit vom 1. 1. 1978 bis zum 14. 2.1978 52

staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen 90 namentlich bekannte sowie gegen weitere nicht bekannte Personen eingeleitet worden. Kein Verfahren hat im Hochschulbereich begangene Straftaten zum Gegenstand. In der Zeit vom 1. 1. 1978 bis zum 14. 2. 1978 haben 11 Verfahren wegen Straftaten, die seit dem 1. 1. 1970 durch Demonstrationen oder im Zusammenhang hiermit begangen worden sind, ihren Abschluß gefunden, und zwar

- 6 Verfahren durch Einstellung oder Absehen von der Verfolgung,
- 5 Verfahren durch rechtskräftige Urteile gegen 10 Angeklagte.

Am 14. 2. 1978 waren wegen Straftaten, die seit dem 1. 1. 1970 begangen worden sind, noch 564 Verfahren gegen 937 namentlich bekannte Personen anhängig. In 230 dieser Verfahren ist gegen 351 Personen Anklage erhoben oder der Erlaß eines Strafbefehls beantragt worden, Die übrigen Verfahren befinden sich noch im Ermittlungsstadium. Nach einer von dem Bundesminister des Innern zusammengestellten Übersicht über die Zahl der Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet ist für das Land Nordrhein-Westfalen ein Rückgang von 1.184 im Jahre 1976 auf 927 im Jahre 1977 festzustellen. Dabei ist der Anteil der "unfriedlich" verlaufenen Demonstrationen, d. h. solcher mit strafrechtlich erheblichen Auseinandersetzungen, im Lande Nordrhein-Westfalen im Jahre 1977 mit 3,3% erheblich geringer gewesen als im Bundesgebiet insgesamt (8,7%). Damit ist freilich nicht zwangsläufig ein Rückgang der Zahl der Straftaten verbunden, weil diese Zahl sich nach Umfang und Intensität der Ausschreitungen bei den einzelnen Demonstrationen bestimmt. Vorgänge von überörtlicher Bedeutung, die Anlaß zu Koordinierungsmaßnahmen im Bereich der Staatsanwaltschaften auf Grund der Rundverfügung des Justizministers vom 24. 3. 1971 (4100 - IIIA. 198) hätten geben können, haben sich im Berichtszeitraum nicht ereignet.

8.4 Rechtsextremistische Aktivitäten

Bei der Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten galt die Arbeit der Justizbehörden vornehmlich der Bekämpfung der im Jahre 1977 besonders in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückten neonazistischen Bestrebungen. Eine Erhebung des Justizministeriums über die in diesem Zusammenhang anhängig gewordenen Strafverfahren, die sich über den Zeitraum vom 1. 1. 1975 bis zum Frühjahr 1978 erstreckte, hat gezeigt, daß örtlich schwerpunktmäßig ein erheblicher Anstieg einschlägiger Straftaten zu beobachten war.

Die Untersuchung des Justizministeriums, das alle einschlägigen von den Staatsanwaltschaften des Landes übersandten staatsanwaltschaftlichen Abschlußverfügungen gegenüber bestimmten Personen und die gerichtlichen Entscheidungen ausgewertet hat, hat gezeigt, daß die Straftaten sich auf drei Gruppen von Tätern verteilen.

- Eine Gruppe stellen Mitglieder bzw. Anhänger der sog. NSDAP Auslandsorganisation des Gary Rex Lauck dar, der in den USA ansässig ist. Die Straftaten bestanden vorwiegend im Verteilen oder öffentlichen Anbringen von Propagandamaterial der genannten Organisation.
- Eine zweite Tätergruppe setzt sich aus Einzelpersonen zusammen, die aus Anhängerschaft zu dem Nazigedankengut oder aus rein kommerziellen Gründen Gegenstände mit Nazi-Emblemen öffentlich verwendet oder verbreitet haben. Hierzu zählen Antiquitäten- und Kunsthändler, die Einzelobjekte

vertrieben haben, Händler auf Messen und Flohmärkten, die echte oder neu hergestellte Gegenstände mit Nazi-Emblemen öffentlich feilgeboten haben, und schließlich Einzelgänger, die Armbinden oder Fahnen mit einschlägigen Kennzeichen gezeigt haben.

- Eine zahlenmäßig kleine, aber intensiv in Erscheinung getretene dritte Gruppe befaßt sich mit der gewerbsmäßigen Herstellung und dem gewerbsmäßigen Vertrieb einer Fülle von Gegenständen, die geeignet sind, nazistische Tendenzen wiederzubeleben. Dem Justizministerium haben umfangreiche Angebotslisten über Hitlerbüsten, SS-Dolche u. ä., Bild- und Tondarstellungen sowie Nachbildungen von Nazifiguren u. ä. vorgelegen. Wegen des Vertriebs derartiger Gegenstände sind - zum Teil sehr umfangreiche - Strafverfahren anhängig.

Aus den durch das Justizministerium ausgewerteten Berichten der Staatsanwaltschaften zu 130 Verfahren ergibt sich:

Durch rechtskräftiges Urteil bzw. rechtskräftigen Strafbefehl sind sechs Verfahren abgeschlossen worden, darunter eines gegen drei Personen. In 43 Fällen mußten die Staatsanwaltschaften das Verfahren einstellen, weil Täter nicht zu ermitteln waren. Diese Fälle betrafen nach den Berichten der Staatsanwaltschaften fast ausschließlich Straftaten der ersten oben beschriebenen Tätergruppe. Ferner mußten 15 Verfahren eingestellt werden, weil entweder eine Straftat nicht vorlag oder der genaue Hergang des Geschehens nicht festgestellt werden konnte bzw. - was überwog - ausreichendes Beweismaterial zu der Überführung der Beschuldigten in objektiver oder subjektiver Hinsicht fehlte. In weiteren 30 Fällen (in einigen davon gegenüber mehreren Tätern) haben die Staatsanwaltschaften oder die Gerichte zwar die Strafbarkeit der den Beschuldigten vorgeworfenen Handlungen bejaht, aber die Verfahren entweder wegen geringerer Bedeutung des Vorkommnisses eingestellt, häufig gegen Zahlung von Geldbußen, oder im Hinblick auf einen anderen, gravierenderen Strafvorwurf, neben dem das hier in Rede stehende Verhalten an Bedeutung erheblich zurückstand, von der Strafverfolgung abgesehen. Die übrigen Verfahren sind aus anderen Gründen (z. B. Verjährung, Abgabe an andere Staatsanwaltschaften) erledigt worden oder noch anhängig.

Die Auswertung der Berichte und Unterlagen hat ferner ergeben, daß es im Lande Nordrhein-Westfalen zu Verfahrenseinstellungen im Hinblick auf die Sozialadäquanzklausel der § 86 Abs. 3, § 86a Abs. 3 des Strafgesetzbuches nur in einer sehr geringen Anzahl von Fällen gekommen ist.

Die Problematik des öffentlichen Vertriebs von Gegenständen mit Nazi-Emblemen hat der Justizminister Ende 1977 auf die Tagesordnung einer im Februar 1978 abgehaltenen Dienstbesprechung mit den Leitern der Generalstaatsanwaltschaften und der Staatsanwaltschaften des Landes gesetzt.

Bei der Besprechung sind die rechtlichen und tatsächlichen Probleme der Verfolgung der einschlägigen Straftaten eingehend erörtert und die Staatsanwaltschaften auf die Notwendigkeit ihrer nachdrücklichen Verfolgung hingewiesen worden. Bei der Auswertung der Berichte der Staatsanwaltschaften hat sich gezeigt, daß in einem Punkte, nämlich im Hinblick auf das Herstellen und die Einfuhr neonazistischer Materials, der bestehende Strafrechtsschutz verbesserungsbedürftig ist. Insoweit hat das Justizministerium Gesetzgebungsvorschläge erarbeitet, die zur Zeit zwischen den Justizministern und -senatoren des Bundes und der Länder erörtert werden.

8.5 Linksextremistische Aktivitäten

Strafverfahren auf Grund von Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist und die in den vergangenen Jahren ganz überwiegend im Vordergrund des Interesses gestanden haben, sind bereits in der chronologischen Übersicht auf Seite 45 ff des Berichts aufgeführt. An den auf Seite 51 ff. dargestellten Straftaten durch Demonstrationen oder im Zusammenhang mit solchen haben die von linksextremistischen Kreisen ausgehenden Ausschreitungen insgesamt einen größeren Anteil gehabt. Einen weiteren Bereich, in dem die Justizbehörden des Landes - namentlich auch im Jahre 1977 - mit einer erheblichen Anzahl von Verfahren belastet worden sind, stellen die Verfahren wegen Straftaten dar, die Anhängern oder Sympathisanten kommunistisch orientierter Gruppierungen zur Last gelegt werden. Dies hat sich vor allem in der Belastung der Staatsanwaltschaft Dortmund niedergeschlagen, die sowohl auf dem Sektor der Organisationsdelikte (§§ 84 ff. des Strafgesetzbuchs) als auch auf dem der Verunglimpfungsdelikte (§§ 90, 90a Abs. 3, § 90 b des Strafgesetzbuchs) überproportional im Lande und sogar im gesamten Bundesgebiet betroffen war. Im Zuständigkeitsbezirk dieser Staatsanwaltschaft liegt der zentrale Sitz einer Partei kommunistischer Prägung, von der eine rege Drucktätigkeit entfaltet wird. Die Prüfung der zahlreichen Druckwerke auf ihren strafrechtlichen Gehalt fällt deshalb in besonderem Maße bei dieser Staatsanwaltschaft an, um so mehr, als ihr die zentrale Zuständigkeit im Bundesgebiet für alle diejenigen Druckschriften zukommt, die in ihrem Bezirk erscheinen (§ 7 Abs. 2 StPO).

8.6 Gesetzgeberische Maßnahmen

Der Bundestag hat am 16. 2. 1978 ein Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung verabschiedet. Dieses Gesetz ist am 18. 4. 1978 verkündet worden (BGBl. I S. 497). Zur Bekämpfung des Terrorismus sieht es namentlich folgende Regelungen vor: In Verfahren wegen Straftaten nach § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) kann ein Verteidiger ausgeschlossen werden, wenn "bestimmte Tatsachen" den Verdacht begründen, daß der Anwalt sich als Komplize seines Mandanten betätigt. Bisher war insoweit ein dringender Verdacht erforderlich. Für das Gespräch zwischen dem unter dem Verdacht einer Straftat nach § 129a StGB inhaftierten Beschuldigten und dem Verteidiger werden Vorrichtungen vorgesehen, die die Übergabe von Schriftstücken und anderen Gegenständen ausschließen (Trennscheibe). Bei Fahndungen nach terroristischen Gewaltverbrechern wird die bisher nur für einzelne Wohnungen und Räume zulässige Durchsuchung auf ein ganzes Gebäude ausgedehnt, wenn auf Grund von Tatsachen anzunehmen ist, daß der Beschuldigte sich in dem Gebäude aufhält.

Ferner regelt das Gesetz die Einrichtung von Kontrollstellen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie das Verfahren zur Identitätsfeststellung.

9 Anhang

9.1 Anlage 1

Aufstellung der wichtigsten rechtsextremen Publikationen

- "Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens"
Mitteilungsblatt der Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter-Bundesverband
- "Briefe"
Mitteilungsblatt der neonazistischen Deutschen Bürgerinitiative e. V. (Manfred Roeder)
- "Das freie Forum"
Mitteilungsblatt der Gesellschaft für freie Publizistik e. V.
- "Das Reich"
Mitteilungsblatt der Nationalen Front
- "Denk mit"
Organ des Freundeskreises "Denk mit"
- "Der Angriff"
Organ der neonazistischen Deutsch-Völkischen-Gemeinschaft
- "Der Aufmarsch"
Mitteilungsblatt des Völkischen Jugendkreises
- "Der Pfeil"
Organ der Jungen Nationaldemokraten, Münster
- "Der Pflögstättenleiter"
Mitteilungsblatt des Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes
- "Der Weg nach vorn"
Organ der Deutschen Sozialen Bewegung e. V.
- "Der Wind schlägt um"
Mitteilungsblatt der neonazistischen Deutschen Bürgerinitiative e V (Manfred Roeder)
- "Deutschland"
Organ der Vereinigung Deutsche Nationalversammlung e.V.
- "Deutsche National-Zeitung"
Wochenzeitung der National-Freiheitlichen (Herausgeber: Dr. Frey, München)
- "Deutsche Stimme"
Parteiorgan der NPD
- "Deutscher Anzeiger"
Organ der Deutschen Volksunion
- "Deutscher Studenten-Anzeiger"
Unabhängiges Forum Deutscher Hochschulüler (der NPD nahestehend)
- "Deutsche Wochenzeitung"
Der NPD nahestehende Wochenzeitung (Herausgeber: u. a. Adolf von Thadden)
- "Die Bauernschaft"
Organ der neonazistischen Bürger- und Bauerninitiative e. V. (Thies Christophersen)

"Die Sirene"

Organ der Jungen Nationaldemokraten, Bonn

"Die Wahrheit für Deutschland"

Organ der neonazistischen Deutsch-Völkischen Gemeinschaft

"Dritte Republik"

Organ der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands

"Freiheitskampf"

Mitteilungsblatt der Sache des Volkes - Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation

"Ideologie und Strategie"

Mitteilungsblatt der Sache des Volkes - Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation

"Informationsbrief"

Mitteilungsblatt für Abonnenten des Historisch - Politischen Leserkreises
(Herausgeber: Joachim Nehring)

"JN-Intern"

Mitteilungsblatt der Jungen Nationaldemokraten, Landesvorstand Nordrhein-Westfalen

"JN-Report"

Mitteilungsblatt der Jungen Nationaldemokraten - Bundesvorstand

"Jugend-Pressedienst"

Organ des Bundes Heimattreuer Jugend

"Junges Forum"

Organ der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft (Neue Rechte)

"Klüter - Blätter"

Publikationsorgan des Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes

"Kritik"

Schriftenreihe des Thies Christophersen

"Mein Standpunkt"

Der Ludendorff-Bewegung nahestehend

"Mensch und Maß"

Organ der Ludendorff-Bewegung

"Missus"

Organ der von dem Rechtsextremisten Fiedler, Göttingen, unterhaltenen
Diskussions- und Sympathisantenkreise

"Mut"

Nationaleuropäisches Magazin, mit dem insbesondere rechtsextremistische
Jugendorganisationen angesprochen werden

"Nationaldemokraten informieren"

Mitteilungsblatt des NPD-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen

"Nationaldemokratische Propaganda-Depesche"

Mitteilungsblatt des NPD-Parteivorstandes

"Nationalrevolutionär"

Mitteilungsblatt der Sache des Volkes - Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation

"Nation Europa"

Rechtsextremistische Monatsschrift (Verantwortlicher Schriftleiter ist NPD -
Funktionär)

"Neue Anthropologie"

Organ der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung

"Neue Zeit"

Mitteilungsblatt der Sache des Volkes - Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation

"Nordische Zukunft"

Organ des Nordischen Ring e. V.

"*NSIDE"

Informationsdienst der Pro Veritate Verlagsgesellschaft mbH

"Profil"

Nationaldemokratische Schriftenreihe - NPD Parteivorstand

"Rebell"

Mitteilungsblatt der Sache des Volkes - Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation

"Reichs-Arbeiter-Zeitung"

Organ der Unabhängigen Arbeiter Partei

"SOL"

Organ der Solidaristischen Volksbewegung

"SVB-Information"

Mitteilungsblatt der Solidaristischen Volksbewegung

"Unabhängige Nachrichten"

Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise

"V-Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft aller konstruktiven Kräfte"

Informationsdienst der Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte

"Volkssozialistische Schulungsbriefe"

Organ der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands - Partei der Arbeit (Zentralbüro)

"Widerhaken"

Mitteilungsblatt der Jungen Nationaldemokraten, Neuß

"Wikinger"

Organ der Wiking Jugend

"Wille und Weg"

Nationalsozialistische Reichszeitung Organ der NSDAP-Gruppe Wübbels

9.2 Anlage 2

Aufstellung der wichtigsten linksextremen Publikationen

"Arbeiterkampf"

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

"Argumente"

SDAJ-Bundesvorstand

"Befreiung"

Organ der Kölner Anarchosyndikalisten

"Das Neue China"

Zeitung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft

"Dem Volke dienen"

Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes

"Deutsche Volkszeitung"

Wochenzeitung für demokratischen Fortschritt (Sprachrohr der DFU)

"die internationale"

Organ der "Gruppe Internationale Marxisten (GIM) - Deutsche Sektion der IV. Internationale"

"Die Internationale"

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den Internationalismus

"Die revolutionäre Stimme"

(ZK der KPD/ML [Neue Einheit])

"Die rote Garde"

Beilage zum "Roten Morgen" für die Jugendorganisation "Rote Garde" der KPD/ML

"die tat"

Sprachrohr der kommunistisch beeinflussten VVN

"DKP-Informationen"

"DKP-Landrevue"

Informationen für die Landbevölkerung

"DKP-Pressedienst"

"DKP-Report"

"Einheit"

Politische Zeitung - Sprachrohr der Vereinigten Linken

"elan - Das Jugendmagazin" (SDAJ)

"frontal"

Verbandsorgan des SHB

"Heinzelpress"

- "Freiheitlich sozialistische Zeitschrift" - Organ der Anarchistengruppe "Kölner Heinzelmenschen"

"Info BUG"

(Berliner Undogmatischer Gruppen) Linksextreme Schrift, die regelmäßig Bekennerbriefe von Terrorgruppen veröffentlicht

"Informationen"

(DKP-Landesbezirk Ruhr-Westfalen)

"Informationen der DKP für die Landbevölkerung"

(DKP-Landesbezirk Ruhr-Westfalen)

"Informationen zur Landes- und Kommunalpolitik"

(DKP-Landesbezirk Rheinland-Westfalen)

"Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID)

Linksextreme Schrift, die regelmäßig "Kommandomeldungen" und Bekennerbriefe von Terrorgruppen veröffentlicht.

"INPREKORR"

Internationale Presse-Korrespondenz der IV. Internationale

"Internationale Arbeiterkorrespondenz" (IAK)

Organ der Gruppe IAK zum Aufbau der trotzkistischen Organisation für ganz Deutschland

"Internationale Solidarität"

Zeitschrift der Liga gegen den Imperialismus

"Internationales Bulletin' (European Labor Committees - ELC - Europäische Arbeiterfraktionen)

"Kämpfende Jugend"
Zentralorgan des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD)

"Kommunismus und Klassenkampf"
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

"Kommunistische Arbeiterpresse"
(KPD-Betriebszeitungen)

"Kommunistische Arbeiterzeitung"
Zentralorgan des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD

"Kommunistische Jugend-Presse"
(Betriebszeitungen der KJVD-Betriebszellen)

"Kommunistische Korrespondenz"
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)

"Kommunistische Volkszeitung"
Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

"Kultur und Gesellschaft"
Bundesvorstand des "Demokratischen Kulturbundes der Bundesrepublik Deutschland" (DKBD)

"links voran"
Monatszeitung des Sozialistischen Jugendbundes (SJB)

"LU - links um - Zeitung für Soldaten"
(SDAJ)

"Marxismus Digest"
Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften
(Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.)

"Marxistische Blätter"
(DKP)

"Marxistische Studentenzeitung" (MSZ)
Hochschulzeitung der Roten Zellen und marxistischen Gruppen

"Mittelstandskurier"
Zeitschrift für Handwerk, Handel und Gewerbe (DFU)

"Nachrichten"
Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (DKP)

"Neue Arbeiterpresse"
Wochenzeitung des Zentralkomitees des Bundes Sozialistischer Arbeiter

"Neue Solidarität"
Wochenzeitung der Europäischen Arbeiterpartei (EAP) und der European Labor-Comitees

"praxis"
Erfahrungen und Beispiele des demokratischen Kampfes (Partei Vorstand der DKP)

"Pressediens"
(DKP-Landesbezirk Rheinland-Westfalen)

"Rebell-Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes"

"Rebell"

Organ des Revolutionären Jugendverbandes Deutschlands (RJVD)

"Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO)

(Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPD)

"Revolutionärer Zorn"

Zeitung der Revolutionären Zelle

"rote blätter"

Organ des MSB Spartakus

"Rote Fahne"

Zentralorgan der KPD

"Rote Fahne"

Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands

"Rote Fahne - Pressedienst"

(KPD)

"Rote Hilfe"

(Blatt der Roten Hilfe der KPD)

"Rote Hilfe"

Zentralorgan der Roten Hilfe Deutschlands

"Rote Presse Korrespondenz"

Pressedienst der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

"Roter Morgen"

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

"Solidarität"

Sozialistische Studentenzeitung (Sozialistischer Studentenbund und
Kommunistischer Hochschulbund)

"SPARTACIST"

Fourth Internationalist - Ein Organ des Revolutionären Marxismus (Trotzkistische
Liga Deutschlands)

"SPARTACUS"

Zentralorgan des Spartacusbundes

"Spartacus"

Zentralorgan des Spartacusbundes "Für den Wiederaufbau der IV, Internationale"

"Unsere Zeit"

Zeitung der arbeitenden Menschen - Zeitung der DKP (UZ)

"Volksmiliz"

Zeitungen der örtlichen "Soldaten- und Reservistenkomitees" (SRK)

"was tun"

Wochenzeitung der Gruppe Internationale Marxisten (GIM)

"Willibald"

Zeitung der "Jungen Pioniere"

"Wissenschaft im Klassenkampf"

Theoretisches Organ des KSV

Nicht in diese Aufstellung aufgenommen wurden die mit unterschiedlichen Titeln
erscheinenden örtlichen DKP-Betriebs-, Stadtteil- und Kreiszeitungen, die KBW-

und KPD/ML-Betriebszeitungen sowie die SDAJ -Gruppen-, Betriebs-, Berufsschul- und Schülerzeitungen.